



# FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

5. Jahrgang  
Nr.117, Mai/1 2019

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, im Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit», gilt dieses unumschränkte Recht weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch jeglicher Ideologie:

### Art. 19 Menschenrechte

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Meinungen und Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen nicht zwingend identisch mit dem Gedankengut, den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens» und damit also auch nicht in irgendeiner Weise mit dem Missionsgut und daher auch nicht verbindend mit der FIGU sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit böseartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

## Afrika im Fokus

von Christian Frehner, Schweiz

1958 verschickte der damals 21jährige Eduard Albert Meier seine «Warnung an alle Regierungen Europas», die auf Erklärungen der ausserirdischen Personen Sfath und Asket basierte. Dass er darauf jedoch keinerlei Antwort erhalten hat, ist symptomatisch für das Denken der damaligen für das Wohl der Bevölkerungen verantwortlichen «Eliten», wie dies unverändert noch heute der Fall ist – leider.

Im Satz 127 schrieb er: «Und es kommt die Zeit im dritten Jahrtausend, da grosse Teile der Kontinente verschwinden und die Menschen auf die Berge flüchten müssen, doch ihr Sinn an die Katastrophen wird nur von kurzer Dauer sein, denn sie werden alles schnell vergessen und darum bemüht sein, vieles wieder aufzubauen, denn bereits schaffen sie sich durch Kino und Fernsehen sowie später durch eine weltweite Vernetzung von Computern und Elektronik Trugbilder, durch die sie sich selbst täuschen und Dinge sehen, die nicht existieren und nur visuell für die Augen bestimmt sind, folglich ihr Sinn für die Realität schwindet und sie zwischen Wirklichkeit und Fiktion nicht mehr unterscheiden können, wodurch sie sich immer mehr im Labyrinth des Lebens verlieren, während jene, welche die Trugbilder kommerziell sowie religiös und sektiererisch erzeugen, leichtes Spiel mit den gläubigen Menschen haben, sie in allen möglichen Formen betrügen und zu demütigen Wesen wie unterwürfige Hunde machen.»

An diese warnenden Worte musste ich denken, als ich kürzlich im «Das Magazin»<sup>1</sup> No. 50 vom 15. Dezember 2018, den Artikel «Mobile Zone – Über den Zusammenhang von Smartphones und Migration» des Autors Michael Stührenberg las. Er hat in Gabun – einem zentralafrikanischen Staat direkt auf dem Äquator – mit dem 1952 geborenen Soziologen Joseph Tonda gesprochen, der von «Afrodystopie» spricht, was als «Utopie Afrikas mit negativem Ausgang» verstanden werden kann. Eine Auflistung einiger Aussagen aus dem Artikel liefert überraschende – und erschreckende – Erkenntnisse in Hinblick auf die zukünftigen sich weiterhin verschärfende Bedrohungen für das Wohlergehen der Bevölkerungen sowohl in Europa wie auch in Afrika selbst durch Migration und Emigration.

Die Macht der Bilder auf den Smartphones von Luxus und Reichtum in Europa (die USA sind für Afrikaner unerreichbar, weil dazu ein ganzer Ozean überquert werden müsste) locken. Dabei wird die auch im reichen Europa substantiell vorhandene Armut ausgeblendet und kaum beachtet, im Gegensatz zu den Bildern von schönen Häusern, Schlössern, sauberen Strassen, Designerkleidern, Luxusautos usw. usf., was insgesamt in den Köpfen einer Grosszahl von Afrikanern beiderlei Geschlechts wie ein Sog direkt in paradiesische Zustände wirkt. Nachstehend nun ein paar Aussagen aus dem besagten Artikel:

- Im rohstoffreichen Gabun beträgt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen fast 20'000 US-Dollar, aber 90% des Bruttonettoprodukts landen in den Taschen der oberen zehn Prozent.
- Seit 1967 wird das Land von einer einzigen Familie – Bongo – (miss-)regiert.
- In der Hauptstadt Libreville breiten sich die Müllhalden selbst im Geschäftszentrum aus, weil die marokkanische Firma wegen nicht geleisteter Zahlungen das Einsammeln der Abfälle eingestellt hat.
- Endloses Schlange-Stehen vor Behördenstellen, weil griesgrämige und träge Beamte als «Einbisschen-Mächtige» ihre Macht gegenüber den «Total-Ohnmächtigen» sadistisch auskosten.
- Der Bau seines Hauses habe vor rund zehn Jahren begonnen, sagt der Professor für Soziologie, und auf den Stromanschluss wartete er über zwei Jahre. Für einen Wasseranschluss bestehe keine Hoffnung, weshalb er nun das Wasser täglich aus einem selbstgegrabenen, fünf Meter tiefen Brunnen schöpft.
- Die Aussage eines ghanaischen Journalisten im Jahr 2002: «Wir Ghanaer fühlen uns dem Reichtum verpflichtet. ... Wir wollen nicht einfach nur überleben, wir wollen gut leben! Ausserdem geht es um Prestige: Wer aufbricht, um sein Glück in der Ferne zu suchen, ist ein Held. Wer daheim bleibt, bereitet seinen Eltern Schande.»
- 2002 besaßen acht Prozent der Ghanaer ein Handy bzw. Mobiltelefon, 2014 waren es 83 Prozent. 2021, schätzt das britische Marktforschungsinstitut Ovum, werde die Zahl afrikanischer Smartphone-Benutzer über 900 Millionen betragen. In seinem Buch «Nach Europa! Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent» schreibt Stephen Smith, dass 2050 Europa die Heimat von 450 Millionen meist älteren Menschen sein werde, während Afrika bis dahin rund 2,5 Milliarden überwiegend junge Einwohner zählen werde, wobei gemäss einer Gallup-Umfrage fast die Hälfte der Afrikaner zwischen 15 und 25 Jahren vom Auswandern träume. Ausserdem stehe eine weitere Bevölkerungsexplosion bevor.
- Jene, die nach Europa aufbrechen, gehören nicht zu den Ärmsten; sie sind die Söhne und Töchter der afrikanischen Mittelschicht. Es gebe keine direkte Flucht vom «verdorrten Acker» nach Europa.
- Das Smartphone könne als «Kompass des 21. Jahrhunderts» bezeichnet werden, weil sein Besitzer schon vor der Abreise online Transportmittel und Schleuser ausfindig machen kann, und bei der Ankunft in Europa diene es als Übersetzer. Während der Reise könne der Migrant seine Familie daheim via sein Gerät beruhigen, auch weil er dank GPS immer wisse, wo er ist, sofern ein Empfang besteht.
- Die meisten Migranten auf der Sahara-Mittelmeer-Route kämen aus Ghana, Nigeria, Guinea und der Elfenbeinküste. Aus Gabun komme niemand, weil das Urwaldland nicht durch Strassen mit den Nachbarländern verbunden ist, sondern Europa nur per Flugzeug (oder Schiff) erreichbar ist, oder die Nachbarländer zu Fuss.
- Hungersnot ist kein Grund zur Migration. Die erste Flucht aus dem Dorf führe immer in die nächste Stadt. Die Jungen gingen fort, weil sie auf dem Land keine Zukunft für sich sehen, oder um der Autorität der Älteren zu entkommen. Im dörflichen Afrika habe nur etwas zu sagen, wer schon

<sup>1</sup> [www.dasmagazin.ch](http://www.dasmagazin.ch)

in Weisheit ergraut ist. Die Jungen sollen gehorchen, Kinder zeugen und abwarten, bis sie auch alt genug geworden sind, damit die Jüngeren ihnen schweigend zuhören müssen.

- Für die Zukunft des alten Afrikas ist die Massenflucht katastrophal, denn jene, die nach Europa aufbrechen, seien nicht die Greisen und Schwachen. Es seien die Jungen mit dem grössten Mut, der meisten Energie und der nötigen Willenskraft, also jene, die für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer am meisten fehlen werden. Und es seien jene, die als erste ein Handy haben.

Soweit diese wenigen Auszüge aus dem interessanten Artikel, die zur Lektüre des ganzen Originaltextes anregen sollen.

Dass rund die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung aus Kindern und Jugendlichen besteht und die Vermehrung praktisch ungebremst weiterläuft, und dass dies in den Medien sowohl in Afrika wie auch in der ersten Welt praktisch kaum erwähnt wird, ist ein Skandal sondergleichen. Solange der ursächliche Auslöser aller Grossprobleme der Menschheit auf ihrem malträtierten Planeten, nämlich das wahnsinnige Bevölkerungswachstum, nicht zuoberst auf die Traktandenliste aller politischen und gesellschaftlichen Diskussionen gesetzt wird, bleibt alles Lamentieren über den Klimawandel und die Migration usw. leeres Gefasel und Zeugnis für einen bewusstseinsmässigen Bankrott in den Führungsetagen von Politik, Wissenschaft, Kirchen und Wirtschaft. Aber auch das Gros der irdischen Bevölkerung zeichnet sich nicht aus durch Praktizieren von Selbstverantwortung, Mitgefühl und Intelligenz, sondern vergammelt in einem blinden, kurzsichtigen Egoismus, verbunden mit einem umfassenden Fehlen von Verantwortungssinn für die zukünftigen Generationen. Wird die Sachlage in den Ländern der Erde und die Entwicklung der letzten 100 Jahre neutral betrachtet, muss tatsächlich vom grössten Verbrechen in der jahrmillionenlangen Geschichte der Menschheit gesprochen werden, und zwar einerseits gerichtet gegen die Natur mit ihrer Fauna und Flora, und andererseits – idiotisch, aber wahr – direkt gegen sich selbst als Menschheit und deren Zukunft.

\*\*\*\*\*

## Etwa einjährige Atempause

[Home](#) / [EU-No-Bulletin](#), [News](#) / [Etwa einjährige Atempause](#)



[EU-No-Bulletin,News](#) | 28. Dezember 2018

**Fürs erste gelang es, die Genehmigung des die Schweiz der EU unterwerfenden Rahmenvertrags zu verhindern. Das ist ein Erfolg der EU-kritischen Kräfte in der Schweiz. Der Erfolg hat allerdings ein Ablaufdatum.**

Bundesrat Ignazio Cassis hat bereits klargestellt: Er, für die Aussenbeziehungen der Schweiz zuständig, will diesen Vertrag, so wie er heute lautet, unter Dach und Fach bringen. Im Voraus scheint er zu akzep-

tieren, dass sich Brüssel jeglichem Ersuchen um Nachverhandlungen zu verschliessen gedenkt. Brüssel spekuliert auf das Einknicken Bundesberns.

### **Bloss eine Ehrenrunde?**

Es sei, lassen die hiesigen Freunde Brüssels zum Trost ihres Anhangs verlauten, bis zum Vertragsabschluss bloss noch eine Art «Ehrenrunde» erforderlich. Die EU scheint diese Ehrenrunde mit allerlei Erpressungsversuchen abkürzen zu wollen. Eine nachvollziehbare Haltung: Denn wenn der Brexit Tatsache wird, droht der EU-Kasse ein gewaltig gähnendes Loch. Brüssel möchte dieses Loch offensichtlich mit Geld aus der Schweiz auffüllen. Deshalb wird die Schweiz unter Druck gesetzt. Deshalb will Brüssel der Schweiz den Rahmenvertrag raschmöglichst aufzwingen.

Es gehe, behaupten hiesige Zweckoptimisten in Sachen EU-Anbindung, nur noch um die Flankierenden Massnahmen. Zu deren weitgehenden Beseitigung könne man, so wird zu Bundesbern geglaubt, die jetzt eingeleitete «Ehrenrunde» nutzen. Wenn man den Gewerkschaften als den lautstärksten Verteidigern der mit den Flankierenden erreichten Lohnschutzmassnahmen da und dort entgegenkomme, werde der Vertrag schliesslich die erforderliche Mehrheit zumindest im Parlament finden.

Valentin Vogt, Chef des Arbeitgeberverbands, hat dieser Erwartung befeuernden Auftrieb verliehen, indem er den Gewerkschaften «lockere Hand» in Aussicht stellt: Würde man einige administrative Zugeständnisse sowie einige Dutzend Millionen springen lassen, dann könne die Opposition der Gewerkschaften wohl gebrochen werden. So spekuliert der Arbeitgeber-Chef. Die Wiedereingliederung der organisierten Genossen in die Front der Ausverkäufer schweizerischer Eigenständigkeit wäre dann nur noch eine Frage der Zeit. Seien die Wahlen im Oktober 2019 nur endlich vorüber, könnten die Gewerkschaften nach markantem Einsatz von Franken und administrativ-bürokratischen Zugeständnissen – die dem Gewerbe gesalzene Zusatzlasten beschere dürften – wieder in die Pro-EU-Schlachtreihe aufgenommen werden.

Die von der EU verlangte Preisgabe der Flankierenden Massnahmen durch die Schweiz ist – auch wenn die Medien diese Forderung derzeit ganz in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um den Rahmenvertrag stellen – tatsächlich bloss ein Teilaspekt der von Bundesbern nach wie vor angestrebten «institutionellen Anbindung» der Schweiz an die EU, womit in Wahrheit der Ausverkauf schweizerischer Eigenständigkeit Tatsache würde.

Weit schwerer wiegt die generelle Bereitschaft, die Schweiz der Oberhoheit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu unterstellen.

### **Der EU-Gerichtshof**

Der EU-Gerichtshof ist nicht nur höchstes Rechtsprechungsorgan in der EU, dessen Urteile unanfechtbar sind. Er hat zusätzlich aus jedem ihm vorgesetzten Fall die Rechtsvereinheitlichung im Sinne Brüssels möglichst europaweit durchzusetzen. Der EU-Gerichtshof in Luxemburg entscheidet demzufolge zu allem, was Brüssel in völlig eigener Kompetenz als «binnenmarktrelevant» erklärt, abschliessend – und konsequent im Sinne Brüssels. Und all die auf diese Weise von der EU festgelegten Vorgaben muss die Schweiz, wenn der Rahmenvertrag Tatsache würde, automatisch übernehmen.

Auch alle Verhandlungsbestimmungen, die Brüsseler Interessen tangieren – die Bestimmungen in einem mit Brüssel abzuschliessenden Vertrag enthalten, sollen nicht Brüsseler Interessen tangieren? –, muss die Schweiz alle von Brüssel gesetzten Regeln automatisch übernehmen.

Der Bereich, in dem Bern noch eigenständig entscheiden kann, beschränkt sich auf unwesentliche Nebenfragen, die Brüssel nicht interessieren.

### **Unionsbürgerrecht**

Zudem will Brüssel der Schweiz per Rahmenvertrag die Übernahme der Unionsbürgerrechts-Richtlinie zwingend verordnen, womit das Schweizer Bürgerrecht zum Auslaufmodell würde. National etikettierte Bürgerrechte haben in einem Konglomerat, das alles Nationale aufzulösen beabsichtigt und immer wieder offen diffamiert, keine Existenzberechtigung mehr.

Dass die Schweiz, sobald sie der Unionsbürgerrechts-Richtlinie unterstellt wird, auch kostenpflichtig wird für all jene Arbeitslosen in der EU, die zuvor als Grenzgänger in der Schweiz gearbeitet haben, wird ihr eine äusserst gesalzene Rechnung – mehrere Milliarden Euro jährlich – aus Brüssel eintragen. Die konkursreifen Habenichtse unter den EU-Mitgliedern scheinen sich mit Hilfe Brüssels mit den in der Schweiz vermuteten Milliarden über Wasser halten zu wollen.

### **Handlungsfreiheit sichert das Überleben**

Derweil mehren sich Zeichen drohenden Einbruchs der Weltwirtschaft – wobei in Brüssel wohlbegründete Befürchtungen kursieren, die EU könnte davon besonders getroffen werden –, obwohl es wenigstens den nördlichen EU-Ländern im Moment noch recht gut geht.

Stolpert die EU in eine Wirtschaftskrise, wird das die Schweiz nicht unberührt lassen. Worauf ist ein Land, worauf ist ein Konzern, ein Betrieb angewiesen, wenn schwierige Zeiten, wenn Wirtschaftseinbrüche dro-

hen? Am wichtigsten ist angesichts solcher Aussicht, dass ein Land oder ein Betrieb möglichst lange und möglichst umfassend eigenständig handlungsfähig bleibt. Also Entscheidungen frei treffen kann, welche eigenen Interessen unbedingten Vorrang gewährleisten. Handlungsfreiheit in einer Krise wird zur Überlebensfrage für Staaten wie für Konzerne.

Handlungsfreiheit gewinnt die Schweiz gewiss nicht, wenn sie sich in die EU-Bürokratie «institutionell einbinden» lässt, wie das der Rahmenvertrag besiegeln soll. Angebunden an Brüssel mit seiner überbordenden Bürokratie und seinem nicht verhehlten Anspruch, auf der Weltbühne eine immer wichtigere Rolle spielen zu wollen, bleibt für die Interessen eines Kleinstaates, der seine Eigenständigkeit und Neutralität zu erhalten sucht, kein Platz mehr.

### In eigener Sache

*Das vorliegende EU-No-Bulletin ist das letzte, für das der Unterzeichnende als Geschäftsführer des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt die redaktionelle Verantwortung trägt.*

*Da sich die Entscheidung bezüglich Einbindung der Schweiz in die EU weiter verzögert, hat das Komitee EU-No im Spätherbst 2018 Schritte zur Verstärkung seiner operativen Führung getroffen. Das Präsidium des Komitees geht mit dem Jahreswechsel von Christoph Blocher über an Nationalrat Roger Köppel. Und die bisher von Ulrich Schlüer besorgte Geschäftsführung wird am gleichen Datum an Urs Vögeli übertragen.*

*Sowohl Christoph Blocher als auch Ulrich Schlüer gehören weiterhin dem Vorstand von EU-No an. Ihr Einsatz gegen EU-Beitritt und EU-Einbindung der Schweiz bleibt dem Komitee vollumfänglich erhalten – während die operative Führung des Komitees jüngeren Kräften übergeben wird.*

*Im Namen des Komitee-Vorstands entbiete ich allen Komitee-Mitgliedern und -Unterstützern die besten Wünsche zum bevorstehenden Jahreswechsel. Gleichzeitig verabschiede ich mich als Verantwortlicher für die Herausgabe des EU-No-Bulletins.*

*Ulrich Schlüer. Quelle: <https://eu-no.ch/etwa-einjaehrige-atempause/>*

## Arroganz in Brüssel – Kindsköpfe in Bundesbern



### Wie das kleine Häschen vor der Giftschlange ...

Wenigstens einer, ein Deutscher, der seit Jahren in führender Position in der Schweiz wirtschaftlich Verantwortung trägt, wagt es, Brüssel gegenüber Klartext zu reden.

*Kommentar vom 4. Januar 2019. von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»*

Hans Hess, seines Zeichens Präsident des Verbands der Schweizer Maschinenindustrie, preist Brüssels als «Rahmenvertrag» getarntes Unterwerfungsdiktat an die Adresse Berns pflichtschuldigst und untätigst als «massgeschneidert». Der als Verbandspräsident vom selbstbewussten Unternehmer zum devoten Bürokraten mutierte Funktionär, nunmehr offenbar jeglichen unternehmerischen Freiheitsdurstes entwöhnt, preist Anpassung an Brüssels herrisches, Europa ins Desaster führende Bürokratediktat als Erfolgsmethode.

### Axel Webers Klarstellung

UBS-Präsident Axel Weber, seit Jahren an führender Position in der Schweizer Wirtschaft tätiger Deutscher, hat solch unterwürfigem Anpassertum dezent aber nachdrücklich widersprochen (Tages-Anzeiger, 3. Januar 2019). Und deutlich gemacht, wie man einem sich in seiner Macht sonnenden trägen Riesen begegnet, der in Verhandlungen zwei Länder – England und die Schweiz –, die Wesentlichstes zur Wirt-

schaftsentwicklung in ganz Europa beigetragen haben und weiter beitragen, unfair und bürokratieversessen abzukanzeln versucht. Devote Untertänigkeit machtverliebten Despoten gegenüber bringe gar nichts, kann man aus Webers sorgfältig begründeten Erklärungen schlussfolgern.

### **Bürokratie oder Wirtschaftserfolg?**

Brüssel müsse, führt Weber aus, nachdrücklich beigebracht werden, dass in erster Linie der Wirtschaftserfolg zu pflegen sei. Brüssel müsse alles diktatorische Gehabe ablegen. Im diktatorischen Gehabe sieht er den wahren Feind wirtschaftlicher Entwicklung, wirtschaftlichen Erfolgs. Verhandlungen müssten seitens Brüssels so geführt werden, dass Unternehmertum befreit, wirtschaftliche Entwicklung gefördert werde. Bürokratie bringe Stagnation und Misserfolg – für ganz Europa.

Dass Brüssel mit wichtigsten Ländern wie England und der Schweiz nicht zurechtkomme, dokumentiere eine gravierende Fehlleistung der EU-Diplomatie. Brüssel müsse entscheidend nachbessern – nicht England, nicht die Schweiz. Brüssel müsse endlich von seinem «Herr im Haus»-Standpunkt abrücken – positiver Wirtschaftsentwicklung, die dringend nötig sei, zuliebe.

Als Ausländer und als Banker formuliert Axel Weber seine Kritik an der EU zurückhaltender, als hier zusammengefasst. Damit aber nicht minder treffend.

### **Spitäler-Boycott?**

Was vernahm man gleichzeitig aus Bundesbern? Dort scheinen die Knieschlotterer ihre zahlreichen Informationsstellen Kindsköpfen überlassen zu wollen.

Allen Ernstes wollte man uns übers Jahresende – die «Argumentation» wurde in Bern, nicht in Brüssel erfunden – weismachen, ohne Rahmenvertrag würden fortan Schweizer Spitäler nicht mehr mit all jenem Material versorgt, das für die richtige Behandlung von Kranken und Verwundeten benötigt werde.

Selbst wenn jemand in der EU mit solch unsinnigen Boycottzielen liebäugeln sollte: Ist denn medizinisches Material nur in der EU erhältlich? Wird in der Schweiz nichts produziert? Liefern amerikanische, japanische, chinesische, taiwanische Firmen nicht ebenfalls exzellentes Material zur medizinischen und chirurgischen Versorgung von Kranken und Unfallopfern? Die Behauptungen der Kindsköpfe zu Bundesbern sind etwa so abstrus, als würde man in der Schweiz an Gegenmassnahmen herumstudieren, wonach verunfallte Skitouristen aus EU-Ländern künftig auf den Pisten liegengelassen würden, weil hier Material zu ihrer Pflege und Verarztung fehle. Sie müssten eben versuchen, von deutschen, französischen oder österreichischen Rettungsdiensten Hilfe zu erlangen ...

Wie lange muss man sich eigentlich mit solch abstrusen, zur Einschüchterung der Bevölkerung ausgeheckten Idiotien wie der Spitäler-Boycottphantasie noch herumschlagen ...?

### **Die richtige Sprache**

Auch dazu liefert Axel Weber in seinem Tages-Anzeiger-Interview eine treffsichere Belehrung: Die Verlängerung der Anerkennung der Schweizer Börse durch Brüssel sei nicht als EU-Zückerchen erfolgt. Brüssel sah sich dazu gezwungen, weil die vom Finanzdepartement (geleitet von Bundesrat Ueli Maurer) in die Wege geleiteten Gegenmassnahmen den Brüsseler Boycottversuch zum Eigentor hätten mutieren lassen. Da wurde offenbar eine Sprache gefunden, die Brüssel versteht.

### **Euro-Jubiläumsfeier**

Just jenes Brüssel, das derzeit zu bombastischen Feiern einlädt: Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident, veranstaltete ein Jubiläumsfest «20 Jahre Euro». Die Einheitswährung preist er als Errungenschaft, die Europa nichts anderes als einen «epochalen Entwicklungssprung nach vorne» gesichert habe. Ob der Mann von der Euro-Krise, vom nicht enden wollenden Verschuldungsdesaster im EU-Raum bisher nichts vernommen hat? Hat er die Griechenland-Rettung verdrängt? Übersieht er die bittere Armut, welche der viel zu starke Euro den EU-Ländern im Süden beschert? Übersieht er, dass das Elend im EU-Süden mitverantwortlich ist für die Überflutung Deutschlands mit Migranten aus Nordafrika – weil diese hören, dass das vom für Deutschland viel zu schwachen Euro profitierende Land Jahr für Jahr «Exportweltmeister» wird? Sich jetzt aber die Sozialwerke ausnehmen lassen und in den Städten gegen (offiziell zwar bestrittene) Kriminalitätswellen ankämpfen muss, was Millionen und Milliarden verschlingt? Kein Wort vom Auszug der Unternehmer, von der Desindustrialisierung Frankreichs und Italiens als Folge des für diese Länder zu starken Euro!

Muss einer nicht volltrunken sein, bis er in solchen Zersetzungserscheinungen in ganz Europa eine Ursache für eine Erfolgsfeier glauben zu können?

Ob man das zu Bern, ob man das in den Direktionen und Sekretariaten der hiesigen Spitzenverbände endlich, endlich wahrzunehmen in der Lage ist?

*Ulrich Schlüer*

Quelle: [https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/arroganz\\_in\\_bruessel\\_kindskoepfe\\_in\\_bundesbern-3511](https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/arroganz_in_bruessel_kindskoepfe_in_bundesbern-3511)

## Gesetz: Kanada verbietet Gefangenschaft von Walen und Delphinen

Publiziert am 21 Dezember, 2018 unter [Erfolgsgeschichten](#)

### Gute Nachrichten

Wale dürfen nicht länger in Gefangenschaft gehalten werden – dazu zählen alle zur Familie der Wale gehörenden Tiere, wie auch Delphine. Das verbietet das Gesetz Nr. S-203, über das die kanadische Regierung seit 2015 verhandelt hat und das nun nach zähem Ringen im Parlament verabschiedet wurde. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes hat Kanada einen weiteren Schritt unternommen in dem Bestreben, verantwortungsvoller mit der Umwelt umzugehen.



Photo by [Georg Wolf](#) on [Unsplash](#)

Die Einführung dieses Gesetzes ist umso bedeutsamer, wenn man sich darüber bewusst ist, dass es Zustimmung quer durch alle Parteien fand. Es war also nicht nur reine Parteipolitik, die hinter der Einführung stand, sondern in allen Parteien ist man sich bewusst, dass Umweltpolitik nicht nur die eine oder andere Partei angeht, sondern die ganze Bevölkerung, denn wir leben alle auf dem gleichen Planeten.

Das Gesetz S-203 verbietet die Aufzucht von Delphinen und Walen in der Gefangenschaft und die Gesetzeslage wird dahingehend abgeändert, dass dies ab jetzt als kriminelle Tat gilt. Weiter bedeutet das in der Praxis, dass kanadische Freizeitparks, wie zum Beispiel das Marineland, ihren aktuellen Bestand an Delphinen und Walen behalten dürfen, aber sie sind nicht weiter befugt, Aufzucht zu betreiben und Tiere zu fangen. Das Ziel ist dabei, dass die Bestände in den Parks damit auf Sicht zurückgehen und in Zukunft völlig verschwinden.

Aktivisten fordern noch strengere Regeln. Sie wollen, dass die vorhandenen 55 Tiere in Marineland in die Freiheit entlassen werden. Lobbyarbeit kann effektiv sein, um Dinge schneller zu ändern, wenn man den Regierungen damit „Druck“ machen kann.

Ein weiteres eingeführtes Gesetz mit der Nr. S-238 verbietet die Einfuhr von Haifischflossen. Auch dieses Gesetz wurde von allen Parteien bewilligt.

Jetzt können Delphine und Wale glücklich in Freiheit leben, ohne dass sie in einem Aquarium in Kanada landen, um dort zur Belustigung der Besucher artfremd gehalten werden.

Wenn das keine gute Nachricht ist! :D

Quelle: [thewildchild.co.za](http://thewildchild.co.za)

Quelle: <https://www.gute-nachrichten.com.de/2018/12/erfolgsgeschichten/gesetz-kanada-verbietet-gefangenschaft-von-walen-und-delphinen/>

## Merkel: „Nationalstaaten müssen ihre Souveränität an die neue Weltordnung aufgeben“

VON NOCH.INFO · VERÖFFENTLICHT 29/12/2018 · AKTUALISIERT 29/12/2018

**“Nationalstaaten müssen bereit sein, ihre Souveränität aufzugeben!” meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einem Publikum in Berlin. “Souveräne Nationalstaaten dürfen in Fragen der Einwanderung nicht auf den Willen ihrer Bürger hören.”**

Die führenden Regierungspolitiker der grössten EU-Staaten Deutschland und Frankreich, Angela Merkel und Emmanuel Macron, treiben die Auflösung der Nationalstaaten in der EU weiter voran. Ziel ist es, einen europäischen Superstaat zu schaffen, der es mit den USA, Russland und China aufnehmen soll.



So betonte Merkel, dass Nationalstaaten heute **„vorbereitet sein müssen, ihre Souveränität aufzugeben“**. In Sachen Immigration, Grenzen und nationale Souveränität müssten die Regierungen nicht auf ihre Bürger hören, erklärte sie in einer Rede für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Dabei machte sie auch eine eigene Definition für den Begriff des Volkes: **„Das Volk sind die Menschen, die dauerhaft in einem Land leben und nicht eine Gruppe, die sie als Volk definiert.“**

Emmanuel Macron schlägt ins gleiche Horn, obwohl er genau weiss, dass er damit die stolzen Franzosen brüskiert und immer mehr an Beliebtheit einbüsst. Er erklärte vor dem Deutschen Bundestag, dass Frankreich und Deutschland das Zentrum der entstehenden Neuen Weltordnung sein müssten. „Das franko-deutsche Paar hat die Aufgabe, die Welt nicht ins Chaos stürzen zu lassen und sie auf dem Weg zum Frieden zu führen“, so der französische Präsident zu den deutschen Politikern. „Europa muss stärker werden ... und mehr Souveränität gewinnen.“ Er forderte die Nationalstaaten dazu auf, ihre auswärtigen Angelegenheiten, die Migration und Entwicklung an Brüssel zu übertragen, sowie „einen wachsenden Teil unserer Budgets und fiskalischen Ressourcen.“

Damit wird klar, in welche Richtung das Ganze geht. Die Politeliten machen was sie wollen und lassen ihre Bürger dabei aussen vor. Diese haben lediglich das Recht, vom System erlaubte Parteien und Politiker zu wählen und ausserhalb der Wahlzeiten gefälligst die Klappe zu halten. So funktioniert die repräsentative Demokratie der Jetztzeit.

**Kommentar:** Das Hauptziel: Ein EU Super-Staat kontrolliert von Brüssel und eine Super-Armee: die NATO. Bereitet sich Merkel für Kanzlerin des neuen EU Super Staates vor?!...

Quelle: Zerohedge Übersetzung: Contra Magazin

Quelle: <https://noch.info/2018/12/merkel-nationalstaaten-muessen-ihre-souveraenitaet-an-die-neue-weltordnung-aufgeben/>

## VON GASTAUTORIN GABRIELE BENSBERG

Deutschland heute – 10 eklatante Missstände

Veröffentlicht am 2. Januar 2019, Januar 2019

### 1) Rentner müssen den Gürtel immer enger schnallen!

Die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, aber ein Grossteil der Bevölkerung hat nichts davon. Bis zur Jahrtausendwende war es selbstverständlich, dass die Rente den Lebensstandard im Alter sichern muss. Mit der Agenda 2010 und den nachfolgenden „Reformen“ haben sich die Altparteien von diesem Prinzip gezielt verabschiedet. Heute reicht die gesetzliche Rente vielfach nur noch zum Überleben. Das Rentenniveau sinkt immer mehr ab, das heisst die Kluft zwischen dem letzten Gehalt und der Rente wird für jede neue Rentnergeneration grösser. Zusätzlich steigt der Anteil der zu versteuernden Rente pro Jahr um 2 Prozent, so dass noch weniger im Geldbeutel bleibt. Die Groko reagiert auf die Rentenproblematik nur mit „Reförmchen“, statt den notwendigen Systemwechsel in Angriff zu nehmen.



## **2) Wendeverlierer verlieren auch als Rentner!**

Die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, aber viele Menschen haben nichts davon. Wendeverlierer, von denen einige 1989 Kopf und Kragen riskierten, um Freiheit und Demokratie in ihrem Land durchzusetzen, erhalten oft nur eine Minirente. Experten gehen davon aus, dass die Renten im Osten im Vergleich zum Westen in den nächsten Jahren viel stärker sinken werden. Gründe sind unverschuldete Arbeitslosigkeit durch die Abwicklung vieler Ost-Betriebe, ABM-Massnahmen und ein sehr grosser Niedriglohnsektor.

## **3) Geringverdiener müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken!**

Die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, aber viele Menschen haben nichts davon. Die Regierung rühmt sich, dass Deutschland auf dem Weg zur Vollbeschäftigung ist und die Arbeitslosigkeit jedes Jahr sinkt. Dabei wird gezielt verschwiegen, dass die „guten Zahlen“ mit der ständigen Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse erkaufte sind. Mehr als 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten aktuell im Niedriglohnsektor, dessen Ausweitung unter der Regierung Schröder gezielt gefördert wurde. Deutschland hat mittlerweile den grössten Niedriglohnsektor in ganz Westeuropa. Beschäftigte in Niedriglohngruppen schufteten für einen Apfel und ein Ei, müssen ihren Lohn oft mit Hartz IV aufstocken und sind im Alter bitter arm. Wer beispielsweise 1500 Euro brutto verdient, hat nach 45 Arbeitsjahren einen Rentenanspruch von sage und schreibe 453 Euro monatlich vor Steuern. Das ist eine Schande für ein so reiches Land wie Deutschland.

## **4) Bezahlbare Wohnungen sind Mangelware**

Die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, aber viele Menschen haben nichts davon. Selbst gut verdienende Angehörige der Mittelschicht, vor allem Familien mit Kindern, suchen in den Ballungsräumen verzweifelt und meist vergeblich eine bezahlbare Wohnung. Es fehlt in Deutschland nach Aussage des Deutschen Mieterbundes gut eine Million bezahlbarer Wohnungen. Der Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau und absurde Energiesparvorgaben, die das Bauen immer teurer machen, haben dazu beigetragen. Die Migranten, die Frau Merkel und ihre Fans begeistert in unser Land einladen, ohne sich im Geringsten um die Folgen zu scheren, lassen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt weiter ansteigen. Auf wirksame Gegenmassnahmen durch die Grosse Koalition wartet man seit Jahren vergeblich.

## **5) Deutsche Sparer werden enteignet!**

Die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, aber viele Menschen haben nichts davon. Durch fehlende Zinsen und die steigende Inflation wächst das Vermögen der Sparer seit Jahren nicht mehr. 2018 sinkt es erstmals unter Null und die Rendite wird in den kommenden Jahren noch negativer werden. Die Altparteien kümmern das nicht. Frau Merkel und Konsorten spucken auf den deutschen Sparer und verlangen von ihm, dass er seine Enteignung zugunsten der wirtschaftlich angeschlagenen Länder im südeuropäischen Euroraum klaglos hinnimmt. Die einzige Partei, die an der Nullzinspolitik der EZB Kritik übt, ist die AfD.

## **6) Der Rechtsstaat verabschiedet sich!**

Für illegale Migranten ist es kinderleicht, sich dauerhaft in Deutschland einzunisten. Man behauptet, seinen Pass verloren zu haben, verschleiert seine Identität und kann dann als angeblich Staatenloser nicht mehr abgeschoben werden. Wer noch jugendlich aussieht, macht sich einfach ein paar Jahre jünger und erhält dann als sogenannter UMF (unbegleiteter minderjähriger Flüchtling) das Rundum-Sorglos-Paket. Dass man ihm dabei auf die Schliche kommt, ist so gut wie ausgeschlossen, denn systematische ärztliche Altersüberprüfungen sind bei Migranten untersagt, da sie angeblich gegen das „Menschenwohl“ verstossen. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, sich ein Gefälligkeitsattest von einem flüchtlingsaffinen Arzt oder Psychotherapeuten ausstellen zu lassen. Auch hier ist man vor der Entdeckung sicher. Während Studenten, die sich von einer Prüfung abmelden wollen, ihre Atteste durch den Amtsarzt bestätigen lassen müssen, werden Atteste von Asylbewerbern in Deutschland grundsätzlich nicht amtsärztlich überprüft. Und eine vierte, wirklich todsichere Strategie ist, fälschlich zu behaupten oder aber zu gestehen, für den IS gekämpft zu haben. Mitglieder des IS oder einer anderen terroristischen Vereinigung, die gemordet und vergewaltigt haben, erfahren in Deutschland ebenso wie angeblich kranke Asylbewerber eine sogenannte Duldung. Da ihnen in ihrem Herkunftsland möglicherweise!!! Folter droht, dürfen sie nach geltendem Recht nicht abgeschoben werden, gleichgültig welche Verbrechen sie begangen haben. Die Gefährdung der deutschen Bevölkerung wird dabei billigend in Kauf genommen.

Wen wundert es da noch, dass nur eine verschwindend geringe Minderzahl von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern auch tatsächlich abgeschoben wird. Aber was ist ein Staat noch wert, der darauf verzichtet, Recht und Gesetz durchzusetzen?

### **7) Die autochthone deutsche Bevölkerung geht unter!**

Die Regierungsparteien streben eine bunte, vielfältige Gesellschaft an, die darauf hinausläuft, die bio-deutsche Bevölkerung untergehen zu lassen, denn für Angela Merkel gehört jeder zum deutschen Volk, der hier lebt. Heute haben ca. 40 Prozent der Deutschen einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil nimmt stetig zu, denn Experten gehen von einer jährlichen Zuwanderung von ca. 200 000 Personen aus. Kinder bekommen die Folgen der Migration schon in der Grundschule zu spüren. Nach einer aktuellen Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist das Bildungsniveau in fast allen Bundesländern erheblich gesunken. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, sieht darin eine Folge der Kumulation von Problemen, die aus Inklusionsvorgaben und der Zuwanderung resultieren. In einem Interview mit WELT am 15. 8. 2018 sagte er: *„Es führt zu einem massiven Abbruch von Leistungen, wenn der Anteil der Kinder, die nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen, zu gross ist.“* In Berlin und Bremen bilden bereits an über 40 Prozent der Grundschulen Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, die Mehrheit. An vielen Schulen mit überwiegend muslimischen Schülerinnen und Schülern sind deutsche Kinder nur noch eine verachtete Minderheit, die ebenso wie ihre jüdischen Mitschüler als Ungläubige gemobbt, beschimpft und sogar bedroht werden. Das ist die Konsequenz der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel und ihren Unterstützern.

### **8) Gesinnungsschnüftelei und Meinungsdictatur grassieren!**

Jeder, der den neuen Götzen „Vielfalt“ und „Buntheit“ nicht huldigt oder sich dem politisch korrekten Sprachpurismus verweigert, läuft nicht nur Gefahr, als „Rassist“ oder „Nazi“ beschimpft und ausgegrenzt zu werden, sondern riskiert auch, seinen Job und damit seine Existenzgrundlage zu verlieren. So rief die Gewerkschaft Ver.di 2017 dazu auf, „Rechte“ und AfDler zu bespitzeln, um sie dann „unschädlich“ zu machen. Unter anderem wurde empfohlen: „Isolierung der Person/en im Betrieb“ sowie „Outing in betrieblicher/ausserbetrieblicher Öffentlichkeit: rechtspopulistisches Engagement der Person bekannt machen und ächten ...“ Auch die AWO hat es sich zum Prinzip gemacht, Druck gegen AfD-Mitglieder auszuüben und will die „Vereinbarkeit einer Beschäftigung und einer Mitgliedschaft in der AfD im Einzelfall entscheiden.“

Zu einer Demokratie gehören ihrer Definition nach Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. Was also ist eine Demokratie wert, in der man zwar „links“ und „ultralinks“ sein kann, nicht aber eine legale, durch den Wählerwillen in die Landtage und den Bundestag eingezogene Partei wählen oder durch eine Mitgliedschaft aktiv unterstützen darf?

### **9) Der Bürgerwille zählt für „die da oben“ nicht!**

In kaum einer anderen westlichen Demokratie spielt der Bürgerwille eine so geringe Rolle wie in Deutschland. In der direkten Demokratie der Schweiz ist das Volk der Souverän und entscheidet über alle anstehenden Sachfragen. Im Vereinigten Königreich entschieden die Briten direkt über das Ja oder Nein zum Brexit. In Deutschland hingegen werden national wichtige Beschlüsse von Parlamentariern oder einer Kanzlerin, die ihre „alternativlosen“ Entscheidungen auch gerne einmal ohne Einbeziehung des Parlaments trifft, gefasst. Der Bürger ist daran nicht beteiligt, und das ist politisch gewollt. So bestätigte der Bundestag am 9. Juni 2016, dass Plebiszite auf Bundesebene in Deutschland ausgeschlossen sind. In Frankreich werden der Staatspräsident und in Österreich der Bundespräsident direkt gewählt. In Deutschland hingegen entscheidet die Bundesversammlung über die Besetzung des höchsten Amtes im Staate. Die Bürger bleiben wieder einmal aussen vor. Wen wundern da noch Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit. Die AfD fordert daher in ihrem Grundsatzprogramm (1.1) Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

### **10) Spaltungsprozesse und zunehmende Polarisierung drohen das Land zu zerreißen!**

Deutschland ist heute so polarisiert wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Spaltung verläuft u.a. zwischen Armen und Reichen, Ost- und Westbürgern, Multi-Kulti-Fans und Patrioten. Wie sagte „Mutti“ 2015 doch so schön: *„Wir schaffen das.“* Ja, Frau Merkel, zusammen mit den mitregierenden Champagnersozialisten haben Sie es geschafft, dass immer mehr Menschen, deren Vorfahren schon in diesem Land lebten, in Ihrem Staat nicht mehr gerne und schon gar nicht mehr gut leben. Aber vielleicht ist der Tag ja nicht mehr so fern, an dem es eine *„radikale Minderheit, die immer frecher wird“* (Martin Schulz) schafft, Sie als Kanzlerin abzuschaffen. Die Menschen, die am 5. Oktober 1789 vor genau 229 Jahren, voller Empörung über die Missstände in ihrem Land und zu allem entschlossen, nach Versailles zogen und den König und die Königin zwangen, den Palast zu verlassen, waren nur einige Tausende, aber Frankreich haben sie für immer verändert!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/01/02/deutschland-heute-10-eklatante-missstaende/>

## Neujahrsansprache einer Bürgerin an ihre Kanzlerin

Veröffentlicht am 2. Januar 2019. Januar 2019

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie haben in ihrer 14. Neujahrsansprache an die lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger behauptet, Ihr „*Verständnis als Bundeskanzlerin*“ sei es, „*dass unsere Demokratie von der mehrheitlich getragenen Übereinkunft lebt, dass ihre Staatsdiener alles in ihrer Macht Stehende für den inneren Frieden und den Zusammenhalt unseres Landes tun. Dass sie sich immer wieder prüfen, was sie auch ganz persönlich dazu beitragen können.*“

Das hätten sie getan, aber eine Analyse, warum 2018, wie Sie zugeben, ein „*überaus schwieriges politisches Jahr*“ war, haben Sie uns vorenthalten. Wir wissen, dass Ihre Überprüfung desaströse Ergebnisse erbracht hat, denn Sie teilen uns mit, dass Sie „*Ende Oktober einen Neubeginn eingeleitet und gesagt*“ hätten, dass Sie „*nach Ende dieser Legislaturperiode keine politischen Ämter mehr ausüben*“ werden. Sie sollten uns nicht so lange warten lassen und sofort Ihre Politik beenden, die unser Land in die tiefste Spaltung seit der Vereinigung getrieben hat.

In Ihrer Regierungszeit haben Ausgrenzung Andersdenkender, Denunziation, Berufsverbote, Hass und Hetze fröhliche Urständ gefeiert. Sie sind so etwas wie eine Staatsdoktrin geworden. Das hat mit innerem Frieden und Zusammenhalt ebenso wenig zu tun, wie galoppierende Schwindsucht mit Gesundheit. Während Ihrer Kanzlerschaft sind Recht und Gesetz zugunsten einer angeblich höheren, in Wahrheit aber totalitären, Moral in einem Masse missachtet worden, dass der Rechtsstaat, den Sie bei Ihrem Regierungsantritt übernommen haben, nur noch ein Schatten seiner selbst ist. Er existiert, wie das Grundgesetz, noch auf dem Papier, er wird aber immer seltener durchgesetzt.

Sie hoffen, noch rechtzeitig von Bord zu gehen, damit die Folgen Ihrer fatalen Fehlentscheidungen, sei es in der Eurorettungs-, Energie- oder Flüchtlingspolitik, die sich bereits vor unseren Augen zu einer Migrations-Ordnungspolitik gewandelt hat, von Ihren Nachfolgern ausgebadet werden müssen. Es wird Ihnen aber nicht gelingen, Ihr Bild in der Geschichte als die Zerstörerin der bundesrepublikanischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und als Spalterin Europas zu verhindern. Der kluge Abraham Lincoln hat über die öffentliche Meinung gesagt:

„*Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.*“ Historiker übrigens auch nicht. Es werden sich immer unabhängige Denker finden, denen die Wahrheit mehr wert ist als Staatsknete.

Vergleichen Sie folgenden Satz von Ihnen mit der Erkenntnis Abraham Lincolns: „*Die Demokratie lebt vom Wechsel, und wir alle stehen in der Zeit. Wir bauen auf dem auf, was unsere Vorgänger uns überlassen haben, und gestalten in der Gegenwart für die, die nach uns kommen.*“

Tatsächlich haben sie vor allem abgebaut, was Ihre Vorgänger aufgebaut haben. Sie haben ein Deutschland übernommen, in dem die Infrastruktur intakt, die Bahn pünktlich, der Nahverkehr zuverlässig, die Bildung wettbewerbsfähig, die Wirtschaft nach den Schröderschen Reformen robust, die Energieversorgung schwankungsfrei war. Heute ist alles, was die Stärke Deutschlands ausgemacht hat, am Rande des Ruins. Nicht mal auf Ihre Regierungsmaschine ist noch Verlass! Und von der gepriesenen „*überwältigenden Schönheit*“ der Erde ist in Deutschland nur noch partiell etwas zu sehen. Immer mehr Windräder und Solarfelder verhunzen unsere gewachsene Kulturlandschaft.

Triebfeder dabei ist eine grüne Lobby, die offenbar die Weisheit der Cree, mit der die Grünen Anfang der 90er Jahre noch hausieren gingen, dass man Geld nicht fressen könne, vollständig vergessen hat. Die so genannte Energiewende ist nicht nur Landschafts- und Naturzerstörer Nr. 1, sondern das unsozialste Umverteilungsprogramm von unten nach oben in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die „*Verletzlichkeit unserer Lebensgrundlagen*“, von der Sie sprechen, ist eine Tatsache, aber anders, als Sie meinen, werden eben diese Grundlagen durch Ihre Politik massiv gefährdet.

„*Um Arbeitsplätze, Wohlstand und unsere Lebensgrundlagen zu sichern, geht die Bundesregierung konsequent die nächsten Schritte beim Strukturwandel von traditionellen zu neuen Technologien und setzt ihre Strategie für den digitalen Fortschritt um.*“

Damit reden Sie die politisch eingeleitete Zerstörung der Autoindustrie schön, die einer der Pfeiler unseres Wohlstandes ist. Der Individualverkehr, ein unverzichtbarer Bestandteil der Freiheit des Einzelnen, soll abgeschafft werden. Elektroautos, die sich in hundert Jahren nicht durchsetzen konnten, weil sie mit den mit Kraftstoff fahrenden Gefährten nicht konkurrieren können, sollen jetzt per Verordnung durchgedrückt werden – obwohl bei der Herstellung einer Autobatterie so viel CO<sub>2</sub> emittiert wird, wie ein Dieselauto in acht Jahren ausstößt! Das ist Verhinderung von Zukunft!

Abgesehen davon werden die neuen Technologien in Deutschland bekämpft statt gefördert. Was den „*digitalen Fortschritt*“ betrifft, den uns Ihre Regierung seit Jahren verspricht, gibt es am südlichsten Ende der Welt keinerlei Empfangslücken, wie man sie in Deutschland an jeder Milchkanne findet.

Sie sagen Sie rängen „um die besten Lösungen in der Sache“, „immer häufiger aber auch um den Stil unseres Miteinanders, um unsere Werte: Offenheit, Toleranz und Respekt. Diese Werte haben unser Land stark gemacht. Für sie müssen wir uns gemeinsam einsetzen – auch wenn es unbequem und anstrengend ist.“

Wenn man sich Ihre „besten Lösungen“ anschaut, kommt man zu dem Schluss, dass das Land keine Gegner mehr braucht. Es wird permanent dem „friendly fire“ ausgesetzt.

Was die Toleranz betrifft, so haben, während Ihre Neujahrsbotschaft vorab von allen Medien verbreitet wurde, ein paar Schutzsuchende, die sich in Folge Ihrer Politik bei uns aufhalten und bestens versorgt werden, in Amberg über drei Stunden schlagkräftig demonstriert, was sie von Toleranz halten. Ihr Motiv, sei „unklar“, teilten uns die Medien mit, wenn sie es nicht vorzogen, diesen Vorfall zu beschweigen. Nein, diese Schutzsuchenden bekundeten ihren Hass und ihre Verachtung gegen die Gesellschaft, die sie so grosszügig alimentiert. Sie wissen, dass sie es tun können, ohne ihren Schutzsuchenden-Status zu verlieren. Die Gerichte, wenn sie denn vor eins gestellt werden sollten, werden milde mit ihnen verfahren.

Warum hat sich in den drei Stunden niemand den Tätern entgegengestellt? Waren keine Männer unterwegs, die dem aggressiven Treiben Einhalt gebieten konnten? Die wahrscheinlichste Antwort ist, dass es niemand getan hat, weil keiner riskieren wollte, anschliessend als fremdenhassender Nazi durch die Presse gezerzt zu werden. Die in Ihrer Regierungszeit implementierten Doppelstandards, wie man sie aktuell wieder bei der Berichterstattung über die Amokfahrer in Recklinghausen und Bottrop erleben muss, zerstören den inneren Frieden, machen aus Bürgern Leisetreter, Flüsterer oder Täter. Sie bergen die Gefahr bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen, wie sie bereits in Schweden und Frankreich auf der Tagesordnung stehen.

Sie verordnen uns, dass wir immer „die Interessen anderer mitbedenken“ sollten. Gleichzeitig wird uns eingebläut, keine eigenen Interessen zu haben. Das Paradoxon, das daraus entsteht, kann man in Deutschland besichtigen: Millionen junger Männer werden ohne jede Gegenleistung, auch wenn sie kriminell werden, bestens versorgt, während die eigenen Bedürftigen erniedrigende Prozeduren über sich ergehen lassen müssen, um das Lebensnotwendige zu bekommen.

Gerechtigkeit, eine Vokabel, die von Politikern und Meinungsmachern mindestens ebenso oft im Munde geführt wird, wie Klimakatastrophe, sieht anders aus.

Das Jahr 2018, Frau Kanzlerin Merkel, ist das Jahr, in dem das katastrophale Scheitern Ihrer Politik offensichtlich geworden ist, für jeden, der es wagt hinzuschauen und sich eine Meinung zu bilden. Sie wissen das und versuchen, sich als Retterin des Planeten aus der Affäre zu ziehen. Aber der Planet braucht Sie nicht. Die Welt ist immer am schlechtesten dran, wenn sich die Weltretter an ihr vergreifen. Ersparen Sie uns und dem Planeten Ihre Rettungsversuche!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/01/02/neujahrsprache-einer-buergerin-an-ihre-kanzlerin/>

## **“Es ist Allahs Wille”: die grausamen Morde an zwei jungen Frauen bei Marrakesch**

Veröffentlicht am 3. Januar 2019. Januar 2019

**VON GASTAUTOR DR. WOLFGANG HINTZE**

Diesen Artikel hatte ich schon vor Heiligabend fertig, wollte aber die besinnlichen Tage nicht stören. Am heutigen Neujahrstag, also zwei Wochen später, möchte ich den Text nun doch veröffentlichen, und zwar nicht **obwohl**, sondern **gerade weil** er „veraltet“ ist. Es ist eine Schande, dass über derart fürchterliche Ereignisse von den „Qualitätsmedien“ allzu schnell der Mantel des Schweigens gebreitet wird, und zwar genau dann, wenn es sich um einen „Terroranschlag“, also um ein islamistisch motiviertes Verbrechen, handelt. Sollte es „rechts“ motiviert gewesen sein, gibt es bekanntlich keine Halbwertszeit für das Abklingen der Aufmerksamkeit, siehe z.B. NSU oder Amadeo Antonio.

Halten wir den Vorgang also am Leben:

### **Es ist Allahs Wille**

Gerade hatten wir noch in Berlin des islamistisch motivierten Anschlages auf den Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 gedacht – und viele haben nicht nur um die Opfer getrauert, sondern gleichzeitig versucht, ihre wachsende Wut zu bändigen –, als wir von einem neuen barbarischen Akt <muslimischer> Lebensart Kenntnis nehmen mussten.

*“Es ist Allahs Wille“: Fanatiker brandmarkten zwei skandinavische Frauen als “Feinde Gottes”, während sie sich filmen liessen, als sie eine der Touristinnen in Marokko enthaupten – “und posteten Videobotschaften an den IS.” Die Dänin Louisa Jespersen (24) und die Norwegerin Maren Ueland (28) waren als Rucksacktouristinnen unterwegs. Sie wurden am 17. Dezember 2018 in der Nähe des Dorfes Imlil im Hohen Atlas von Marokko tot aufgefunden.*

Die Abscheulichkeiten der islamistischen Gotteskrieger kennen offenbar keine Grenzen mehr.

Die vier bisher festgenommenen Verdächtigen stammen aus Marrakesch. Also aus der Stadt, in der am 16. Dezember Angela Merkel ihren Migrationspakt präsentierte und eine bessere Welt versprach.

Das Ereignis ist eine direkte Illustration von Merkels neuer, auf Islamisierung zielenden, Weltordnung. Wir wissen, dass es unter den Millionen muslimischen "Goldstücken", die Merkel bereits importiert hat, zehntausende "Gefährder" gibt. Sie alle sind potentiell zu Taten wie dieser fähig.

Es ist ein Stakkato des Horrors: 11.12. Strassburg Anschlag auf den Weihnachtsmarkt (5 Tote, 12 Verletzte), 17.12. Imlil, Marokko: Bestialische Ermordung zweier Skandinavierinnen (2 Tote), insgesamt listet Wikipedia für Dezember 2018 17 Anschläge mit zusammen über 300 Toten auf, fast alle islamistisch motiviert, und der hier in Rede stehende Anschlag ist nicht einmal enthalten.

Wütend macht es immer wieder, wenn die Medien uns mit ihrer üblichen verlogenen Sprechweise kommen und fragen: "War es ein Terroranschlag?" Die Antwort muss lauten: "Nein, zum Donnerwetter, es war ein Anschlag, dessen Motivation und Handlungsanweisungen sich 1:1 in den 'heiligen' Schriften des Islams finden!"

Laut Tagesspiegel sagte Dänemarks Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, der gerade noch in Marrakesch dem UNO-Migrationspakt zugestimmt hatte, am Donnerstag zu diesem Anschlag: „*Es zeigt sich, dass es immer noch dunkle Mächte gibt, die mit Gewalt uns und unsere Lebensweise bekämpfen. Das macht mich wütend, aber bestärkt mich auch, dass wir niemals nachgeben und aufgeben dürfen.*“

Ich schlage vor, wir schauen uns diese "dunklen Mächte" des Herrn Rasmussen einmal aus der Nähe an.

### **Das Bekenntnis: Was sie selber sagen**

Wie bereits vor zwei Jahren der Mörder vom Breitscheidplatz, haben auch diese Täter ein Video veröffentlicht, in dem sie der Welt ihre Motivation mitteilen. Ich dokumentiere das Video im folgenden, übersetze dabei einen Auszug aus dem von Daily Mail in englischer Sprache bereitgestellten umfangreichen Material und füge einige Links auf islamistischer Termini und eine identifizierbare zentrale Koranstelle ein.

*Das Video zeigt die vier Männer, die im Verdacht stehen, den Angriff verübt zu haben, wie sie dem IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi ihre Gefolgschaft geloben.*

*Vor einer schwarz-weißen IS-Flagge, sitzend verurteilen sie "die Zerstörungen durch die Kampfflugzeuge der Kreuzfahrer-Allianz", während ein Mann ein Messer schwingt. Sie scheinen auch den Geheimdienst Marokkos zu verhöhnen: "Wo ist denn Euer Wissen? Wir sind doch hier ..."*

*Ein Mann beginnt mit dem Lesen von 'Al Fatiha', dem koranischen Vers, den jeder Muslim wissen und rezitieren muss, um zu beweisen, dass er Muslim ist.*

*Der Mann rezitiert einen anderen Vers und fährt fort, den Propheten mit den Worten (Koran 9:29, "Die Reue") zu zitieren: "Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und nicht an den Jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und Sein Gesandter verboten haben, und nicht die Religion der Wahrheit befolgen – von denjenigen, denen die Schrift gegeben wurde –, bis sie den Tribut aus der Hand entrichten und gefügig sind!" (zitiert von mir aus islam.de)*

*Und weiter sagt er "dem Kalifen (IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi) und unseren Brüdern, dass Sie im fernen Maghreb (Marokko) loyale Soldaten haben, von denen niemand ausser Allah etwas weiss, und so Gott will, werden sie siegreich sein für alle Muslime."*

*"Unsere Botschaft an alle Muslime in den sozialen Medien: möge Allah Euch segnen und möge Allah Euch Euren Einsatz danken, und Allah wird Euch reichlich entschädigen, wenn Ihr weiter den JIHAD für Allah kämpft."*

*"Kämpft weiter gegen die Feinde Allahs, wo immer Ihr auch seid, Ihr habt keine Ausrede, und seid gewiss, dass wir Eure Unterstützer sind ... Ihr habt Verbündete unter uns. Seid gewiss, dass wir das Leben in einem Land nicht geniessen werden, das von etwas anderem als dem Scharia-Gesetz Allahs bestimmt wird ..."*

*"Ich bete für Euch, dass Ihr die Demütigung, die Euch auferlegt wird, abschüttelt und sehr wütend werdet."*

*"Und das ist unsere Botschaft an den König, den Homosexuellen ..."*

*Der Mann winkt mit seiner Machete in der Luft und wiederholt: "Fühle Deinen Hals, berühre Deinen Hals."*

*Die vier Männer legten ihre Hände aufeinander und wiederholten dreimal ihre Treue zu Abu Bakr al-Baghdadi:*

*"Wir verpflichten uns zur Treue gegenüber dem Fürsten der Gläubigen, Ibrahim Abu Bakr al-Baghdadi, dem Kalifen der Muslime, al-Husseini al-Qoraychi [sein vollständigerer Name], wir werden ihm im Mashreq und Maghreb treu und gehorsam sein, in Reichtum und in armen Zeiten, und Gott ist unser Zeuge ..."*

*Dann schreit der erste Mann: "Takbir" und die vier antworten zusammen: "Allahuakbar"*

*Schliesslich heben die vier Männer ihre Zeigefinger wie im IS-Treuhandzeichen.*

Während der Grossteil des Bekenntnisses ohne weiteres verständlich ist, dürfte ein erläuternder Hinweis zum strategisch essentiellen Koranvers 9:29 nützlich sein. In diesem Vers des Korans werden die Muslime explizit aufgefordert, gegen Juden und Christen (die "Völker des Buches") Krieg zu führen und sie zu unterwerfen. Die Unterworfenen haben dann den Tribut, die Dschizya genannte Kopfsteuer zu entrichten. Siehe auch "Der Koran – Eine Tötungslizenz?" in der FAZ.

Anstatt sich in theoretischen Debatten zu verlieren, ob der Koran nun friedlich ist oder nicht, sollte man sich ganz pragmatisch "ansehen, was ist", und einfach endlich ernst nehmen, was diese Täter selber sa-

gen, dass es nämlich der Koran ist, der ihnen als Handlungsanweisung und Rechtfertigung für äusserst grausame Mordtaten dient; angefeuert vom IS-Chef und promovierten <Islamwissenschaftler> Abu Bakr al-Baghdadi.

Wie wir sehen, sind die "dunklen Mächte" des Herrn Rasmussen keineswegs dunkel. Ganz im Gegenteil: Sie haben einen Namen, und sie haben eine Ideologie, die sie ganz offen und stolz ans Licht nach aussen tragen, und die jeder, der sich nicht blind stellt, sehen und verstehen kann.

### Das bessere Leben?

Die besondere – besser gesagt leider systematische – Tragik des Falles dieser jungen Frauen besteht darin, dass sie, wie viele andere Opfer vor ihnen, zur verbreiteten Spezies der "Gutmenschinnen" gehören, die naiv, offenherzig und ohne das inzwischen politisch korrekt weg-erzogene natürliche Misstrauen, auf andere Menschen zugehen, besonders wenn diese Muslime sind – und ihre "Gutheit" am Ende mit dem Leben bezahlen.

Bis vor kurzem befand sich auf der Facebook-Seite der ermordeten jungen Norwegerin ein Video, das warnt "Never judge people by their appearance" – "Beurteilt Menschen niemals nach ihrem Äusseren." Sie bat zudem "Dear All, Must Share It !" Ihr Lieben, Ihr müsst das Video bitte unbedingt verteilen." (Hinweis bei Michael Klonovsky)

Den kaltblütigsten Beitrag zu diesem Thema hat sich allerdings der EKD-Vorsitzende Heinrich Bedford-Strohm geleistet, indem er in seiner Rede auf der Familientrauerfeier für die von einem marokkanischen Lastwagenfahrer ermordete ehemalige JUSO-Vorsitzende von Bamberg, Sophia Lösche, sagte: *"Vielleicht wäre sie noch am Leben, wenn sie aus dem Misstrauen heraus gelebt hätte. Aber wäre das das bessere Leben gewesen?"*

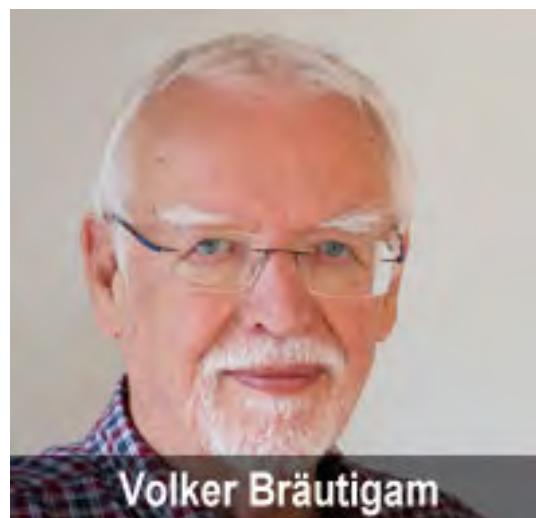
Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/01/03/es-ist-allahs-wille-die-grausamen-morde-an-zwei-jungen-frauen-bei-marrakesch/>

## „Nachrichteninstitute wie die ‚Tagesschau‘ sind ein Herrschaftsinstrument“

03. Januar 2019 um 12:30 Ein Artikel von: [Redaktion](#)

**Volker Bräutigam** war in den 70er und 80er Jahren Redakteur bei der „Tagesschau“. Zusammen mit Friedhelm Klinkhammer hat er seit 2014 über 400 Programmbeschwerden eingereicht, die sich mit den Nachrichten der „Tagesschau“ auseinandersetzen. Im Interview mit den NachDenkSeiten findet Bräutigam klare Worte zum Flaggschiff der ARD: „Die Berichterstattung ist russlandfeindlich, sie ist agitatorisch bis bellizistisch, sie ist propagandistisch.“ Eines der grossen Probleme: Nachrichteninhalte, die von „transatlantisch getrimmten Nachrichtenagenturen“ kommen. Ein Interview über die „Tagesschau“, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und „demokratische Kontrollinstanzen“, die aus Sicht des Medienkritikers dringend notwendig sind.

Von **Marcus Klöckner**.



Quelle: Privat

**Herr Bräutigam, Sie unterziehen die Nachrichtenformate der ARD immer wieder einer kritischen Beobachtung. Wie fällt Ihr Fazit für das Jahr 2018 aus?**

Nicht positiv.

**Was ist Ihnen aufgefallen?**

Allgemein gesprochen: In den Sendungen der ARD-aktuell-Redaktion zeigen sich verstärkt transatlantische Tendenzen. Das zugrunde liegende Muster: „Wir“ sind die Guten, die Volksrepublik China, Russland, Iran und die paar restlichen Staaten, die sich nicht den USA unterwerfen, sind die Bösen. Über Donald Trump wird kritisch-verächtlich berichtet, aber nicht, wenn es um geopolitische Interessen des Westens geht. Die sogenannte Dritte Welt ist, mit Verlaub, scheisseegal. Sie findet nicht statt – falls da nicht grad eine „Naturkatastrophe“ ausgebrochen ist. Oder ein Krieg, der die Interessen der „Westlichen Wertegemeinschaft“ (WWG) tangiert. In solchen Fällen, ja, da gibt es Meldungen. Oder wenn Ebola das Leben wertvoller US-Amerikaner oder Europäer bedroht. Leben und Schicksal der Dritte-Welt-Bewohner sind Nebensache.

Die Ansage „Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau“ ist häufig das Halali zu versuchter Volksverblödung.

**Das hört sich nicht gut an. Der Anspruch des Öffentlich-Rechtlichen ist es, eine Art Anwalt der Öffentlichkeit zu sein, der Missstände klar anspricht und journalistisch hervorhebt. Wie passt das zu Ihren Erkenntnissen?**

Es passt gar nicht dazu, wenn wir den Blick allein auf die ARD-aktuell richten. Friedhelm Klinkhammer und ich nehmen nur den Ausstoss dieser Redaktion unter die Lupe. Die Konzentration auf „Tagesschau“ und „Tagesthemen“, einschliesslich deren Auftritte im Internet, halten wir für sehr begründet: Schliesslich erreichen diese Sendungen täglich ein Publikum von zehn bis zwölf Millionen Nachrichtenkonsumenten. Sie sind, wie man weiss, meinungs- und stilprägend für den politischen Diskurs hierzulande. Und sie verfehlen ein ums andere Mal ihren gesetzlichen Auftrag, sachlich, umfassend und der Wahrheit verpflichtet zu berichten, der angemessenen Information des Publikums dienend und die Völkerverständigung fördernd.

**Nun findet sich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ja durchaus auch kritischer Journalismus. Ist der eher die Ausnahme?**

Nein, eine Seltenheit ist das nicht. Es gibt vorzügliche Angebote. Leider werden sie entweder ausserhalb der sogenannten prime time gebracht, zu später oder sehr früher Stunde, und/oder sie erscheinen auf nicht gerade zuschauerträchtigen Sendeplätzen. Das alte Lied, das alte Leiden. Guter Journalismus wird beispielsweise oft in der Sendung „nano“ auf 3sat geboten; es ist ein populärwissenschaftliches, leider nur äusserst bedingt auch „politisches“ Programm, aber es hat sehr beachtlichen informatorischen Anspruch. Um einer Nachfrage zuvorzukommen: „Panorama“ offeriert auf seine Weise auch nicht viel Besseres als Tendenzjournalismus, von den Polit-Talkshows gar nicht erst zu reden.

**Gerade der „Tagesschau“ als „Flaggschiff“ des Nachrichtenjournalismus kommt eine besondere Verantwortung zu. Sie lassen an ihr kein gutes Haar.**

Das hat diese Sendung nicht anders verdient. Aus zwei folgenschweren Gründen: Sie hat eine unübersehbar bellizistische Schlagseite, verursacht von der selbstverschuldeten Abhängigkeit der Redaktion von den transatlantisch getrimmten Nachrichtenagenturen. Es handelt sich um Associated Press (AP) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Presseagentur (dpa), um Reuters (rts) und Agence France Presse (AFP). Die ARD-aktuell lässt ihre Redakteure mit dem rechnergestützten Redaktionssystem „OpenMedia“ der ANNOVA Systems GmbH arbeiten. Meines Wissens wird ausser den genannten pro-westlichen Agenturen dort nur noch der SID, der Sport-Informationsdienst, eingespeist. Auf andere, ebenfalls bedeutende Agenturen und Informationsquellen wird bewusst verzichtet. Begründung: „staatlich finanziert“. Chefredakteur Dr. Gniffke war sogar so dreist, ihnen deshalb die Glaubwürdigkeit abzusprechen. Als ob die AFP nicht auch Geld vom Staat bekäme, als ob ausgerechnet kommerzielle Agenturen der Hort der Objektivität wären.

Der zweite Grund, kein gutes Haar an der „Tagesschau“ zu lassen: der regierungsfromme Konformismus, mit dem ARD-aktuell über innenpolitische Aspekte informiert. Und damit eine unübersehbare Orientierung an den Interessen der Eliten dieser Gesellschaft. Wenn ich ein Beispiel sagen darf: Nur einmal im Monat liefert die „Tagesschau“ Informationen über den sogenannten Arbeitsmarkt – und dabei vollzieht diese Dürftigkeit doch ohnehin lediglich die statistischen Täuschungsmanöver nach, die der Nürnberger Arbeitsagentur von ihrem Berliner Dienstherren aufgegeben sind. Unsäglich geschöntes Zahlenmaterial, einmal im Monat! Aber fast täglich kriegen Sie Nachrichten über die Börse geliefert.

Vorhin nannten Sie das Stichwort „Anwalt der Öffentlichkeit“. Nun frag ich mal zurück: Wie gross ist der Anteil der Aktionäre an dieser Öffentlichkeit? Wie viel bleibt von dem aktienbesitzenden Bevölkerungsanteil noch über, wenn Sie die Kleinsparer wegrechnen? Andersrum: Wie gross ist die Zahl jener Menschen, deren Interesse und Würde mit solcher Nachrichtengestaltung verhöhnt werden?

### **Sie haben den Umgang mit Themen angesprochen, die einen Russlandbezug haben. Was stimmt da nicht?**

Jetzt nenne ich einfach nur Schlagworte: Die Berichterstattung ist russlandfeindlich, sie ist agitatorisch und bellizistisch akzentuiert, sie ist propagandistisch. Man merkt deutlich, dass die Nachrichtenbearbeiter fast ausschliesslich das Material der schon genannten westlichen Agenturen verwenden. „Tagesschau“-Nachrichten basieren zu mindestens drei Vierteln auf diesem Agenturmaterial. Sämtliche Studio-Meldungen, ein Grossteil der Korrespondentenberichte. Auf Quellen der Gegenseite wird ausdrücklich verzichtet. Kein RT, kein ITAR-TASS, kein Ria Novosti, Interfax, Xin-Hua, China News Service usw. Auf Xin-Hua und auf Tass wird höchstens indirekt Bezug genommen, nämlich dann, wenn deren Informationen ausnahmsweise auch mal in den prowestlichen Nachrichtenagenturen auftauchen. Per Sekundärzitat. Der Grundsatz der seriösen Rechtsprechung: „Audiatur et altera pars“ – auch die andere Seite ist anzuhören – gilt auch im Journalismus. Für ein halbwegs sachgerechtes Bild sind immer auch die alternativen Informationen zu berücksichtigen.

### **Haben Sie ein Beispiel?**

Sie erleben tagtäglich Beispiele von einseitiger Betrachtung in unseren Fernsehnachrichten. Nehmen Sie die Berichterstattung über den Zwischenfall an der Krimbrücke nach Kertsch. Da hat sich die „Tagesschau“ zum Lautsprecher Washingtons und der personifizierten Pleite der deutschen Aussenpolitik gemacht, ich meine damit den Minister Maas. Dass der russische Präsident Putin eine mindestens ebenso eindringliche und vor allem nachvollziehbare Erklärung abgegeben hatte, fand in der „Tagesschau“ keine Erwähnung.

Kurzfassung, damit anschaulich wird, wovon ich rede: Seit Wochen diskutieren Politiker in Kiew, wie die Brücke nach Kertsch, die neue Lebensader der Krim, zerstört werden könnte. Böartige, friedensgefährdende Sabotagepläne, die schon im Februar dieses Jahres kranken US-amerikanischen Hirnen entsprungen waren. Nun also nähern sich im November drei anscheinend bewaffnete ukrainische Schiffe vom Schwarzen Meer kommend der Brücke, die Kapitäne weigern sich, zu stoppen und – wie vertraglich festgelegt – Kontrolleure an Bord zu lassen. Daraufhin werden sie von der russischen Marine aufgebracht. Das, so Putin, sei unumgänglich zum Schutz der Brücke gewesen und darüber hinaus hoheitsrechtlich begründet, weil die Ukrainer ohne Erlaubnis in russisches Küstengebiet eingedrungen seien.

War diese Stellungnahme Putins keine Nachricht wert? War überhaupt nicht zu berücksichtigen, dass die Krim faktisch zu Russland gehört, auch wenn das dem Westen nicht passt? Die „Tagesschau“ liess westliche Sprecher, auch unseren grossformatigen Aussenminister, unkommentiert suggerieren, dass die Krim und ihr Küstenmeer nach wie vor ukrainisch seien. Unsere Qualitätsjournalisten verkrümmten sich zu Mikrofonhaltern und liessen diese westlichen Volksvertreter darüber lamentieren, dass die Besatzungen der drei ukrainischen Schiffe in Haft seien; sie müssten „sofort“ freigelassen werden, sonst.... Kein Wort verlor die „Tagesschau“ jedoch über die Vorgeschichte. Nichts über die US-amerikanisch-ukrainischen Sabotagepläne, nichts darüber, dass umgekehrt schon im Frühjahr das russische Fischerboot „Nord“ auf dem Asowschen Meer von der ukrainischen Marine aufgebracht worden war, dessen Bootsführer und ein Teil der Mannschaft bis zur Stunde in Haft sind und deren Boot, entgegen internationalem Recht, verkauft wurde.

### **Können Sie noch ein Beispiel anführen?**

Ein viel wichtigeres: Die Darstellung über die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation. Mit arroganter Systematik nennt ARD-aktuell diesen Vorgang eine „Annexion“ und bezieht sich dabei mittelbar auf ein Votum der UN-Vollversammlung. Dass die fragliche Resolution eine politische und nicht bindende ist, bleibt in den Nachrichten unberücksichtigt. Verschwiegen wird, dass die völkerrechtliche Betrachtung weit weniger einheitlich aussieht. Dass namhafte Rechtswissenschaftler dem Vorwurf „Annexion“ – gewaltsame Vereinnahmung eines fremden Staatsgebietes – nachdrücklich widersprechen und dass sie dafür gewichtige Argumente haben, das berücksichtigt die ARD-aktuell nicht. Dass sich eine überwältigende Mehrheit der Krim-Bevölkerung in zwei Referenden für den Anschluss an Russland aussprach und dass eine Wiederholung dieser Abstimmung unter UN-Überwachung heute keine anderen Ergebnisse brächte – was juckt das einen ARD-aktuell-Chefredakteur? Es interessiert die „Tagesschau“ auch nicht, dass das korrupte Putschisten-Regime in Kiew wohlweislich nicht vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die angebliche „Annexion“ klagt. Ein völkerrechtlich gültiges Urteil im Haag könnte den fiesen Umtrieben in Kiew, Washington, Brüssel und Berlin nämlich ein Ende machen und die westliche Propaganda zum Platzen bringen. Auch das erfährt seitens der „Tagesschau“ keine Berücksichtigung, geschweige denn Erwähnung. Dass die westliche Sanktionspolitik gegen Russland nicht dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit entspricht, sondern US-amerikanischen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen dient und damit Westeuropa politischen und wirtschaftlichen Schaden zufügt, ist der „Tagesschau“ keinen Satz wert.



Wie oft haben seriöse Kritiker darauf hingewiesen? Gerade auch die NachDenkSeiten? Sind ausgewiesene Kenner unserer Zeitgeschichte wie Albrecht Müller, Norman Paech, Reinhard Merkel, Ulrich Teusch, Jürgen Becker, Gabriele Krone-Schmalz und viele andere denn auf der Brennsuppe hergeschwommen? Sie finden kein Gehör bei den Hamburger Herrschaften. Die „Tagesschau“ macht weiter ihren Stiefel. Müsste man nicht vor Zorn im Rhombus springen über die konstante Weigerung, sich sachlichen Argumenten zu öffnen? Die „Tagesschau“-Führung lässt sich zu Dialog-Veranstaltungen herab wie „Sag’s mir ins Gesicht“ – und stuft damit die Zuschauermeinung als Entertainment ein. Sie unterwirft sich westlichem Propagandainteresse und verbreitet politische Auftragsbotschaften. Kritik und Protest sind ihr vielleicht lästig, offenbar sind sie aber kein Anstoss zu selbstkritischer Korrektur.

### **Was sind die Gründe für diese Berichterstattung?**

Nachrichteninstitute wie die „Tagesschau“ sind ein Herrschaftsinstrument. Ihre staatlich garantierte Marktposition und Gebührenfinanzierung geben ihnen Deutungshoheit über die politischen Verhältnisse. Sie sind Repräsentanten der Macht. Das sind wahrlich keine neuen Erkenntnisse. Die Macht? Es handelt sich um die diskrete Macht einer Finanzelite, der sich der politische Prozess, die Regierung und die parlamentarischen Mehrheiten unterordnen. Eine Minderheit mit internationalen Verflechtungen, deren Potenz dem normalen Bürger medial nicht vermittelt wird: ein paar tausend Leute, denen drei Viertel unserer Republik gehören. Ihr Einfluss ist dermassen gross, dass er Regierung und Parlamentsmehrheit praktisch zu ihrem Funktionspersonal macht. Die meisten unserer Politiker und die Meinungsmacher der „Tagesschau“ funktionieren exakt in deren Sinne.

### **„Einer Elite“? Und dann auch noch einer, die sich Regierung und parlamentarische Mehrheiten als „Funktionspersonal“ leistet? Diese Aussage dürfte mancher Medienvertreter als völlig abwegig bezeichnen.**

Vermutlich, ja. Besonders jene Medienvertreter, die ihre berufliche Existenz und das entsprechend ansehnliche Einkommen besagten Milliardären und Multimillionären verdanken, die unsere Medienkonzerne direkt oder indirekt beherrschen. Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing’, sagt der Volksmund. „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“, erklärt uns Karl Marx. Wir wollen bitteschön auch nicht übersehen, dass die schon genannten Nachrichtenagenturen weitestgehend privatwirtschaftlich organisiert sind. Wir haben es mit kommerziellen Unternehmen zu tun, die mit Information als käuflicher Ware Handel treiben und ihre Profite machen. Niemand sollte dem Irrtum erliegen, dass ein Kürzel wie „dpa“ ein Signum für quasi notariell beglaubigte Objektivität sei.

### **Die Abschaffung des Öffentlich-Rechtlichen, wie manche es fordern, das wäre sauch keine Lösung, oder?**

Es ist keine Lösung, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Was wäre die Alternative? Nur der total kommerzielle Rundfunk, also die absolute Verödung der Hirne. Nein, danke.

Verbessern, nicht abschaffen, muss man das ursprüngliche, nach 1945 erarbeitete Konzept des demokratischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wenn wir uns nicht vollends der politischen Umnachtung preisgeben wollen. Dringend erforderlich sind funktionsfähige demokratische Kontrollmechanismen für die Sendeanstalten. Eine einfache Änderung der Zusammensetzung der gegenwärtigen Rundfunkräte reicht nicht aus. Sie dient in ihrer herkömmlichen Form der formalen Scheinlegitimation, ein demokratischer Popanz, der ausserdem unverschämt viel Geld kostet. Der Rundfunkrat ist nun mal eine anstaltsinterne Instanz, die schon deshalb nicht auftragsgemäss arbeiten kann, weil sich ihre journalistischen Laien gegen ausgebuffte Profis des Managements behaupten sollen und das spätestens nach dem zweiten misslungenen Anlauf hübsch bleiben lassen.

Erforderlich ist eine externe, aktive und kompetente Kontrollinstanz, die nicht Vorzensur ausübt, wohl aber Nachzensur. Eine rechtswirksame Instanz, die den mittlerweile berufsethisch fragwürdigen Nachrichtenservice wie ARD-aktuell nach fehlerhafter Berichterstattung jeweils zu sofortiger, unmittelbarer Berichtigung und Korrektur verpflichten kann.

Gegenwärtig sind die Aufsichtsorgane des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemäss dem Interesse der Parlamentsparteien gestaltet, vorzugsweise dem der regierenden Parteien. Aus diesem Grund sind wir von einer echten, durchgreifenden Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Lichtjahre entfernt. Warum auch sollte unsere Parteienoligarchie das wichtigste Instrument ihrer Herrschaft aus der Hand geben?

Verzagen wollen wir trotzdem nicht. „In Zeiten universeller Täuschung ist das Aussprechen von Wahrheit ein revolutionärer Akt,“ soll George Orwell geschrieben haben. Auch wenn das Zitat nicht von ihm stammt: Ich finde es treffend.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=48201>

## Totengräber der Demokratie: Das Schweigen des Bundesverfassungsgerichts zur Flüchtlingspolitik

Von Alexander Heumann, 3. Januar 2019

***In Karlsruhe wird gedreht und gewendet wie es gerade passt. Durch sein Schweigen wird das Gericht zum Totengräber der Demokratie. Wenn ihm in drei Jahren keine Rechtfertigung für die „Grenzöffnung“ einfällt, dann gibt es keine! Die „Unabhängigkeit der Gerichte“ zählt zum Kernbestand „europäischer Werte“ (s. EU-Sanktionen gegen Polen). Wie steht es mit der Unabhängigkeit des höchsten deutschen Gerichts?***

Die Hüter der Verfassung haben bei der Auslegung des Grundgesetzes das letzte Wort. Doch niemand scheint antragsbefugt, die Asylpolitik der offenen Grenzen auf Rechtmässigkeit überprüfen zu lassen. Schon 2016 nahm das Gericht Verfassungsbeschwerden „nicht zur Entscheidung an“, obwohl das bei „grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Bedeutung“ eigentlich gesetzeswidrig ist (§ 93a BVerfG-Gesetz). Jetzt verwarfen die Richter die auf den Parlamentsvorbehalt gestützte Organklage der AfD als unzulässig. Kurz zuvor ergaben sich auch Verfassungsbeschwerden gegen die Zustimmung der Kanzlerin zum UNO-Migrationspakt.

### Sachverhalt

Seit Sommer 2015 ordnet die Bundesregierung an, dass Flüchtlinge aus sicheren Staaten (wie etwa Österreich) über Deutschlands Grenzen einreisen dürfen, sogar ohne Pass und Schengenvisum. Seither ist die Nation gespalten: Die einen sprechen von „Herrschaft des Unrechts“ – andere von „europarechtlicher Überlagerung“ des Asylrechts. Für die einen geht es um das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Deutschen – für andere ist gerade *das* der „erzrassistische Kern des ganzen Rechtsbruch-Mythos“ (so der Jurist Maximilian Steinbeis auf [Verfassungsblog.de](http://Verfassungsblog.de)). Das Verfassungsgericht weicht der Fundamentalfrage seit drei Jahren erfolgreich aus.

### Wege nach Karlsruhe

Verfassungswidrige Gesetze können für nichtig erklärt werden (sofern 25 % der Abgeordneten eine Normenkontrolle beantragen). Auch können Bürger Verfassungsbeschwerden einlegen – falls sie in Grundrechten betroffen sind. Was aber, wenn Gesetze nicht verfassungswidrig sind, sondern schlicht missachtet werden und das Grundgesetz obendrein? Asylgesetz (§ 18), Aufenthaltsgesetz (§ 15) und Grundgesetz (Artikel 16a Abs. 2) schreiben die Zurückweisung von Asylbewerbern an deutschen Grenzen vor. Und ***„sollte Bundesrecht nicht durch Kanzlerwort geändert werden können, dann muss der Bundestag ja irgendwie verfassungsrechtlich geltend machen können, und wie sollte er dies tun, wenn nicht durch das Organstreitverfahren?“*** (Organklage, S. 56, Fussnote 132).

### Das demokratische Minimum

#### **Das Volk darf nicht selbst über Schicksalsfragen der Nation abstimmen.**

Volksreferenden hätten wohl gegen Euro, Öko-Diktatur, unkontrollierte Binnengrenzen im Schengenraum und islamische Grossmoscheen votiert. Muss dann nicht wenigstens ein unmittelbar demokratisch legitimes Organ entscheiden? Allein das Parlament ist direkt vom Volk gewählt. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört, die Regierung zu kontrollieren. Jedoch sieht das Grundgesetz auch repräsentative Demokratie nicht in Reinkultur vor, sondern *Gewaltenteilung*: Parlament und „vollziehende Gewalt“ (Artikel 20 II) besitzen je eigene Machtbereiche. Wie sind diese voneinander abzugrenzen?

1978 urteilte das Verfassungsgericht zum Atomkraftwerk in Kalkar: Die Entscheidung für oder gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ist wegen des „Rest-Risikos“ eine „wesentliche“ Entscheidung, die „allein der Gesetzgeber“ treffen muss – Geburtsstunde des Parlamentsvorbehalts. (Dennoch zog Merkel nach der japanischen Tsunami-Katastrophe eigenmächtig den Atom-Stecker).

### Auswärtige Angelegenheiten

Aber das Gericht blieb nicht beim demokratiefreundlichen Kurs: 1984 urteilte es zum Nato-Doppelbeschluss: Gesetzgebungsbefugnisse des Bundestages folgten weder „aus dem Demokratieprinzip“, noch „aus der Tragweite einer Entscheidung für das Staatsganze“. Denn „auch die Regierung“ sei „demokratisch legitimiert und nicht ... auf politisch weniger bedeutsamer Akte beschränkt.“ Nur sie könne auf aussenpolitische Lagen zügig reagieren. Es ging um die Zustimmung zur Stationierung von Atomraketen in Deutschland. Drei Jahre Abrüstungsverhandlungen waren vorausgegangen – eigentlich Zeit genug für ein Gesetzesgebungsverfahren! Wie schnell der Bundestag sein kann, zeigen jüngere Gesetze zur Geschlechtsverstümmelung bei Jungen (§ 1631d BGB), „Ehe für alle“ und „Netzdurchsetzung“ in sozialen Medien.

Das NATO-Urteil betraf aber nur die Aussenpolitik. Bei der Asylpolitik müsste der Parlamentsvorbehalt weiterhin gelten. Auch die Massenmigration birgt 'Rest-Risiken' und Sprengkraft. Mittlerweile wird in Deutschland durchschnittlich mindestens ein Mensch pro Tag von „Flüchtlings“ getötet. Heute Journal (ZDF) berichtete: „Die Fälle tatverdächtiger Flüchtlinge bei Tötungsdelikten sind seit 2014 deutlich angestiegen“. Ein Balkendiagramm illustrierte den Anstieg von 110 Tötungen im Jahr 2014 auf circa 420 in 2017. Vervierfachung binnen vier Jahren. Plus ungezählte „Einzelfälle“ sonstiger Flüchtlings-Gewaltkriminalität.

### „Kein objektives Beanstandungsverfahren“

Die AfD stützt ihre Organklage auf den allgemeinen Parlamentsvorbehalt: Sie vermisst ein „Migrationsverantwortungsgesetz“. Andererseits will sie nicht an einer Legalisierung fortgesetzter Massenmigration mitwirken. Daraus dreht ihr das Gericht einen Strick: Es gehe also nicht um Rechte des Parlaments gegenüber der Bundesregierung. Und ausserhalb eines solchen Kompetenzstreits könne nicht erzwungen werden, dass die Regierung Asylgesetze oder wenigstens „das Grundgesetz respektiert“ – ein Blankoscheck für die Bundesregierung, die Verfassung zu ändern! Eigentlich wären dazu 2/3-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat erforderlich (Artikel 79 GG).

### Parallelfall 1

2007 beanstandeten die Grünen den Bundeswehreinmarsch in Inneren beim G8-Weltwirtschaftsgipfel. Auch diese Organklage wurde als unzulässig verworfen. Obendrein war sie „offensichtlich unbegründet.“ Dennoch ging das Gericht ausführlich auf alle Argumente ein. Die Organklage der AfD hingegen nutzte es nicht als „Gelegenheit“, um die Verfassung auszulegen. Das war „feige“ (Christian Rath auf LTO).

### Ein reformbedürftiges Gesetz

Oder ist die kleinkarierte Förmerei des Gerichts berechtigt? Nach Artikel 93 Nr. 1 GG entscheidet es über die „Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte ... eines obersten Bundesorgans“ (Organstreit). Parlament und Regierung sind problemlos parteifähig. Da sich die Mehrheit des Bundestages nicht immer für ihre Mitwirkungsrechte als Gesetzgeber interessiert, dürfen diese auch stellvertretend von oppositionellen Fraktionen geltend gemacht werden.

Allerdings schränkt § 64 BVerfG-Gesetz die Antragsbefugnis in einer Weise ein, die mit Artikel 93 GG kaum zu vereinbaren ist: „Im Antrag ist die Bestimmung des Grundgesetzes zu bezeichnen, gegen die ... verstossen wird.“ Damit verringerte der Gesetzgeber *seine* Möglichkeiten, die Bundesregierung auf Gesetz und Recht zu verpflichten. Jedenfalls nach Lesart des Bundesverfassungsgerichts: Es reiche nicht, wenn eine Verletzung des *allgemeinen* Rechtsstaatsprinzips (Artikel 20 III) oder Parlamentsvorbehalts möglich erscheint; es müssten *konkrete* Parlamentsvorbehalte missachtet sein.

Wo finden sie sich im Grundgesetz? Im Grundrechtsteil, vereinzelt auch im ausserpolitischen und militärrechtlichen Teil, aber zur Überschreitung deutscher Grenzen gibt es keinen Gesetzesvorbehalt in der Verfassung. 1949, als das Grundgesetz entstand, war das „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Wolfgang Schäuble) nicht vorhersehbar. Hier führt die Engstirnigkeit des Verfassungsgerichts von vorne herein zur Unzulässigkeit von Organklagen.

### Parallelfall 2

An anderer Stelle jedoch wich das Gericht davon ab: 1994 liess es Organklagen gegen Bundeswehreinmärsche ausserhalb des NATO-Gebiets zu, obwohl kein Parlamentsvorbehalt einschlägig war: Nach Artikel 87a ist ein Streitkräfte-Einsatz „zur Verteidigung“ zulässig und „im Übrigen nur, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Eine ausdrückliche Regelung findet sich in Artikel 24: „Der Bund kann sich einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen.“ Die Übertragung von Hoheitsrechten ist nur „durch Gesetz“ zulässig, aber der Bundestag hatte dem NATO-Vertrag und dem „Aufenthaltsvertrag“ schon Jahrzehnte zuvor per Gesetz zugestimmt.

Dennoch waren Organklagen von SPD und FDP zulässig. Argument: Möglicherweise seien Rechte des Bundestages als verfassungsändernder Gesetzgeber verletzt. Der NATO-Vertrag fordert Beistand nur bei „Angriff gegen einen von ihnen in Europa oder Nordamerika“ (Artikel 5). Bis heute „verteidigt“ sich die NATO am Hindukusch, aber Deutschlands Beteiligung erfolgt seither nicht mehr über den Kopf des Parlaments hinweg – immerhin.

Problematisch war auch das Rechtsschutzbedürfnis der FDP-Fraktion: Sie hatte nämlich nichts gegen „out-of-area“-Einsätze, sondern wollte sie – im Gegenteil – in Karlsruhe absegnen lassen: „Wir werden triumphieren, weil wir mit unserer Klage abgewiesen werden.“ Folglich ging es der FDP „nicht um Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung“ (richterliches Minderheitsvotum). Doch die Mehrheit der Richter war grosszügiger: Die „Auslegung des Grundgesetzes gerichtlich klären zu lassen, auf die es für die (...) Verfassungsmässigkeit der Massnahme ankommt“ sei ein „zulässiges Rechtsschutzziel im Rahmen eines Organstreits.“ (Rn 211).



Es wird also gedreht und gewendet wie es gerade opportun erscheint. Daraus folgt: Wenn dem Gericht binnen drei Jahren keine Rechtfertigung für die Grenzöffnung einfiel, dann gibt es keine.

### **Demokratie in „auswärtigen Angelegenheiten“**

In auswärtigen Angelegenheiten urteilt das Gericht ansonsten demokratiefiern: Gemäss Artikel 59 GG bedürfen völkerrechtliche „Verträge“ der Zustimmung des deutschen Gesetzgebers. Aber schon die damals „einseitige“ Zustimmung der Bundesregierung zum NATO-Doppel-Beschluss galt nicht als „Vertrag“, weil Verträge mindestens zwei Vertragspartner voraussetzen. Man hätte Artikel 59 analog anwenden müssen, weil die Gefahr eines Atomkriegs auf deutschem Boden erhöht wurde. Stattdessen wurde dem freihändigen Internationalismus der Exekutive der Weg geebnet.

Diese Entwicklung mündet in das Urteil zum Migrations-„Pakt“ der UNO, der einem Menschenrecht auf Migration das Wort redet, aber die Menschenrechte der Menschen in den Zielstaaten (z.B. auf Unversehrtheit und Meinungsfreiheit) übergeht. Auch der Pakt ist nach Auffassung des Gerichts kein völkerrechtlicher „Vertrag“, weil er nicht rechts-, sondern „nur“ politisch verbindlich ist. Deswegen durfte Merkel ohne gesetzliche Grundlage zustimmen. Eine Organklage scheidet damit aus. Ebenso eine Grundrechts-Betroffenheit von Bürgern, so dass die Verfassungsbeschwerden kurzerhand abgewiesen werden konnten.

### **Ausblick**

Was wird mit der Demokratie und der Unabhängigkeit des Gerichts im neuen Jahr, wenn der aktive Spitzenpolitiker Harbarth (CDU) dem jetzigen Gerichtspräsidenten nachfolgt? Harbarth setzte sich bei Bundestagsdebatten leidenschaftlich für die Unterzeichnung des Migrationspakts ein. Mehr Eindruck der Befangenheit in Flüchtlingsfragen geht nicht!

PS. Bis 1956 musste das Bundesverfassungsgericht Rechtsgutachten erstatten. Diese sodann abgeschaffte Regelung hätte heute verhindert, dass sich Richter in Schweigen hüllen können, wenn es ihnen passt.

Quelle:

<http://heumanns-brille.de/totengraeber-der-demokratie-das-schweigen-des-bundesverfassungsgerichts-zur-fluechtlingspolitik/>

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2019/01/04/totengraeber-der-demokratie-das-schweigen-des-bundesverfassungsgerichts-zur-fluechtlingspolitik/>

## **Trump an Europa: ihr seid Vasallen und interessiert mich nicht**

Strategic Culture Foundation, erschienen am 4. Januar 2019 auf > [Strategic Culture Foundation](#)

"Europa ist mir egal", erklärte US-Präsident Donald Trump diese Woche bei der ersten Sitzung seines Kabinetts im Weissen Haus im neuen Jahr.

Der amerikanische Präsident hat damit wahrscheinlich mehr über die wahre Natur der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa verraten, als er beabsichtigt hatte.

Trump sprach im Zusammenhang mit der militärischen Beteiligung der USA an Europa sowie mit Handels- und anderen Fragen. Er wiederholte das langweilige Mantra, dass die USA angeblich von europäischen Verbündeten "ausgenutzt" werden, indem diese nicht mehr für ihre Militärhaushalte ausgeben.

Es war der übliche weitläufige, kaum artikulierte Trugschluss Trumps, der die dem amerikanischen Konzernkapitalismus innewohnende militärische Verschwendung nicht als destruktives Laster, sondern als vermeintlich tugendhafte Angelegenheit des "Schutzes" Verbündeter und des Rests der Welt darstellt. Kurz gesagt, wahnhafter amerikanischer Exzeptionalismus.

Aber es war Trumps blanke Verachtung gegenüber den europäischen Verbündeten, die bemerkenswert war. Auf eine Frage über seine berichtete Unpopularität in Europa witzelte der Präsident, dass es ihm egal

sei, was die Europäer denken. Wenige Sekunden später machte Trump in einem Schwenk seines unverhüllt egoistischen Gemütszustands eine Wendung und behauptete, dass er beliebt wäre, wenn er bei einer Wahl in Europa kandidieren würde!

Ironischerweise sollten wir Trump aber vielleicht dankbar sein für seine freimütige Offenheit. Indem er Europa mit solch verächtlicher Missachtung abtut, enthüllt er das wahre Gesicht der Beziehungen Washingtons zum alten Kontinent.

Ehemalige amerikanische Präsidenten waren geschickt darin, die transatlantische Verbindung als vermeintliche "strategische Partnerschaft" darzustellen - wie das von den Vereinigten Staaten von Amerika geführte NATO-Militärbündnis am deutlichsten zeigt. Trumps ehemaliger Verteidigungsminister James Mattis, der aus Protest gegen dessen Politik zurücktrat, war dieser konventionellen transatlantischen Form zugetan. Mattis sprach wiederholt über die Bedeutung der Aufrechterhaltung starker Bindungen zu Verbündeten.

Jahrzehntelange transatlantische Rhetorik hat oft dazu beigetragen, die tatsächlichen Beziehungen zwischen Washington und Europa zu verschleiern. Die Realität ist, dass die Europäer keine Partner sind. Sie sind Vasallen.

Aufeinanderfolgende europäische Regierungen und die Europäische Union haben immer wieder erlaubt, dass ihre Länder als Stützpunkte für amerikanische Streitkräfte dienen, auch in der Vergangenheit, als Atomwaffen auf Russland gerichtet waren. Diese Raketen können auf europäischen Boden zurückkehren, wenn die USA vom Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen aussteigen, wie sie es unter Trump zu tun drohen.

Die unterwürfigen europäischen Regierungen haben auch den amerikanischen Militarismus pflichtbewusst unterstützt, indem sie den imperialistischen Kriegen Washingtons eine multilaterale, pseudorechtliche Deckung gaben. Beispielsweise schickten europäische Staaten Truppen, um die US-Kriege in Afghanistan und im Irak zu verstärken und so kriminellen völkermörderischen Unternehmungen eine gewisse Legitimität zu verleihen.

Ironischerweise hat Trump in seinen Bemerkungen in dieser Woche in seinem Kabinett europäische Länder verspottet, weil sie "nur 100 Soldaten" nach Afghanistan und Irak geschickt haben. Er erwähnte auch Syrien und veranschaulichte damit, wie überaus arrogant die kriminelle Einstellung der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

So beschimpft Trump die Europäer, weil sie nicht mehr ihrer wirtschaftlichen Ressourcen dafür aufgewendet haben, um der amerikanischen pathologischen Abhängigkeit vom Militarismus gerecht zu werden; weil sie nicht mehr für die militärische Besetzung der europäischen Länder durch die USA bezahlt haben; und weil sie nicht mehr Truppen entsandt haben, um sich den kriminellen Aggressionen der USA im Ausland anzuschließen.

Frühere amerikanische Präsidenten waren etwas vorsichtiger, wenn es darum ging, Washingtons tyrannische Beziehungen zu Europa zu verschleiern. Aber Trump ist in seiner Sichtweise zu egozentrisch und rüpelhaft transaktional. Der ganze masslose Anspruch der amerikanischen Ritterlichkeit und des Schutzes wird zerschreddert, wenn auch unwissentlich.

Trump sagte Europa diese Woche, dass er sich keinen Deut um den Kontinent und die angeblichen US-Verbündeten schert. Angesichts einer derartigen Verachtung müssen die europäischen Nationen sich der Realität bewusst werden, ihre eigene Unabhängigkeit von Washington festzulegen und insbesondere eine echte kontinentale Partnerschaft mit Russland verfolgen zu müssen.

Die Arroganz Washingtons wird von der Trump-Regierung vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck gebracht, die den europäischen Staaten mit Sanktionen droht, wenn sie den Bau der Gaspipeline North Stream 2 aus Russland fortsetzen. Russland ist ein natürlicher strategischer Partner für Europa, insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Versorgung mit Erdgas und Erdöl.

Das Thema Angebot und Nachfrage von Energie versinnbildlicht noch viel mehr das Verhältnis zwischen Europa und Russland und den USA. Letztere sind so etwas wie ein Schwindler und drängen anderen ihre egoistischen Interessen auf, sei es im Energiehandel oder in militärischen Angelegenheiten. Wir haben das auch in Bezug auf Trump gesehen, der das iranische Atomabkommen zerrissen hat und Europa für die Einhaltung dieses internationalen Vertrags bestraft.

Trump hätte die Realität der amerikanischen Missachtung europäischer Interessen nicht unverhohlener ausdrücken können. Die sind für ihn keinen Pfifferling wert.

Ende letzten Jahres hat die Europäische Union beschlossen, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern. Diese Sanktionen basieren weitgehend auf antirussischen ideologischen Behauptungen Washingtons und seiner NATO-Partner über eine Vielzahl von manipulierten Themen, darunter der Konflikt in der Ukraine und die absurde Fantasie, dass Russland sich in die Wahlen einmischt. Auch hier zeigt sich die Vasallenposition Europas dadurch, dass es die europäischen Volkswirtschaften und nicht die amerikanische Wirtschaft sind, die sich durch die Sanktionen gegen Russland selbstzerstörerischen Schaden zugefügt haben.

Europäische Regierungen müssen etwas von Trumps "America First"-Politik übernehmen und die Interessen ihrer Bürger in den Vordergrund stellen. Europa muss den Antagonismus und Militarismus Washingtons gegenüber Russland zurückweisen. Viele der amtierenden europäischen Regierungen scheinen nicht in der Lage zu sein, den notwendigen politischen Willen zu finden, von Washington unabhängig zu sein. Das ist zum Teil der Grund für einen so phänomenalen Anstieg der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Europäischen Union und den etablierten Politikern. Die Machthaber sind nicht ansprechbar und nicht repräsentativ für die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, was zu weiteren Rückschlägen gegenüber den Institutionen des Establishments führt.

Europa muss aufhören, ein Lakai Washingtons zu sein. Nach Trumps eklatant zum Ausdruck gebrachter Verachtung in dieser Woche gibt es für Europa keine Entschuldigung oder Rechtfertigung, sich weiterhin als amerikanischer Vasall selbst zu entwerten.

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2019\\_01\\_04\\_trump.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2019_01_04_trump.htm)

## **Anonymos-Hacker wollen brisante Details zur Causa Skripal entlarvt haben**

16:45 05.01.2019(aktualisiert 16:48 05.01.2019)

**Hacker von der Gruppe „Anonymous“ haben Unterlagen im Internet veröffentlicht, die Einsicht in den Fall des in Großbritannien vergifteten Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia geben sollen.**

Die auf der Internetseite [cyberguerrilla.org](http://cyberguerrilla.org) erschienenen Dokumente dienen angeblich als Beweismaterial für geheime Analysetätigkeiten Großbritanniens im Rahmen des staatlich finanzierten Projekts „Integrity Initiative“.

Der Gruppe zufolge riefen Mitarbeiter des Projekts mehrere Jahre vor dem Vorfall in Salisbury zur Ausweisung russischer Diplomaten aus Großbritannien auf. Sie sollen die Notwendigkeit einer „Katastrophe“ verkündet haben, die die Stärkung der britischen Verteidigungsfähigkeiten anspornen würde.

Mitarbeiter von „Integrity Initiative“ kooperierten „Anonymous“-Berichten zufolge mit Fachleuten im Chemiewaffen-Bereich und kontaktierten den Anwerber und Nachbarn von Sergej Skripal.

Bereits vergangenen November hatte die Hackergruppe behauptet, Unterlagen, die das Geheimnis über Aktivitäten einer in London ansässigen Nichtregierungsorganisation lüften würden, in ihren Besitz gebracht zu haben. Dieses Projekt trage den Namen „Integrity Initiative“ und werde von London zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten europäischer Länder missbraucht.

Von der Tätigkeit des Projekts sollen auch Sputnik und der TV-Sender RT betroffen sein.

### **Causa Skripal**

Der 66-jährige Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März 2018 bewusstlos im britischen Salisbury aufgefunden und mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Die britische Regierung behauptete umgehend, dass Russland in den Giftanschlag auf die Skripals mit dem Stoff A-234 verwickelt sei. Russland wies diesen Vorwurf zurück und forderte eine unabhängige Aufklärung.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20190105323498078-anonymos-hacker-causa-skripal/>

## **Chinesen landen erstmals erfolgreich Sonde auf der dunklen Seite unseres Mondes**

Sott.net Do, 03 Jan 2019 09:43 UTC

Zum erstem Mal in der uns bekannten Geschichte der Menschheit ist eine Sonde auf der dunklen "Rückseite" des Mondes erfolgreich gelandet. Durch die mit der Erde synchronisierte Rotation unseres Mondes sehen wir von der Erde aus immer nur die helle Seite des Mondes. Auf dieser zur Erde gewandten Seite gab es schon einige Landungen von Sonden der Amerikaner, Chinesen und Russen und einige bemannte Mondladungen der Amerikaner in ihren Apollo-Missionen. Die Chinesen haben es jetzt geschafft, auch auf der von der Erde abgewandten Seite eine Sonde zu landen.

Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist eine Sonde erfolgreich auf der Rückseite des Mondes gelandet. Die chinesische Chang'e 4 setzte am Donnerstag auf der dunklen Seite des Erdtrabanten auf.

Die Landung erfolgte um 10:26 Uhr chinesische Zeit (03.26 Uhr MEZ), berichtete das Staatsfernsehen Chinas.

Die Chang'e 4 war am 7. Dezember gestartet und erreichte fünf Tage später eine Umlaufbahn des Mondes. Die Sonde soll die Oberfläche untersuchen und funkastronomische Forschungen durchführen.

~ [Sputnik](#)



© Reuters / Dinuka Liyanawatt

Mit der Sonde besteht kein direkter Funkkontakt: Da keine direkte Funkverbindung zwischen der Erde und der Mondrückseite möglich ist, erfolgt die Kommunikation mit dem Landegerät über den Übertragungssatelliten Queqiao, der seit Juni in Position ist.

~ [Sputnik](#)

Quelle: <https://de.sott.net/article/33195-Chinesen-landeten-erstmals-erfolgreich-Sonde-auf-der-dunklen-Seite-unseres-Mondes>

## **Juncker der EU setzt häufig Privatjets ein, wobei eine Übernachtungsreise 36 500 € kostet 5/5 (1)**

Von. News-for-Friends. Januar 2019

**Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, setzte von Januar bis November 2018 für 21 von 43 Dienstreisen Privatflugzeuge ein, berichtet Daily Mail.**

Ironischerweise benutzte Jean-Claude für seine weltweiten Reisen fast zur Hälfte Privatjets, wie offizielle Zahlen belegen. In seiner Rede zur Lage der EU im Jahr 2018 warnte er jedoch vor der Bedrohung durch den Klimawandel, der vermutlich durch Emissionen von Flugzeugen verschärft wird.

Die Analyse seiner Ausgaben für Flüge hat dazu geführt, dass seine „übermäßige“ Nutzung von Privatflügen untersucht werden muss, denn die Flugkosten müssen von EU-Steuerzahlern finanziert werden,.

Die Analyse ergab, dass die Kosten für viele Besuche über 23 000 GBP lagen, was bedeutet, dass die Gesamtkosten der 21 Flüge Hunderttausende von Pfund betragen. Die Kosten eines Privatjets für eine Nacht nach Tunesien beliefen sich laut Daily Mail auf bis zu 32 943 £ oder rund 36 500 €.

Dies ist besonders problematisch, da nach den Regeln der EU-Kommission „Lufttaxis“ nur zulässig sind, wenn keine geeigneten kommerziellen Flüge verfügbar sind.

Während viele seiner Flüge relativ kurze Distanzen zurücklegten, sagte er in seiner Rede zur EU, dass die Europäer „einen saubereren Planeten für zukünftige Generationen zurücklassen wollen“.

Quelle : <https://voiceofeuropa.com/2019/01/eus-juncker-frequently-uses-private-jets-with-one-overnight-trip-costing-e36500/?fbclid=IwAR2aGA-iumn1ARtsERPq2BdfEAnfuQWF54EGnRmS9adNnFhgoXLMMiLu0TI#.XC9zdByzras.twitter>

Quelle: <https://news-for-friends.de/der-juncker-der-eu-setzt-haeufig-privatjets-ein-wobei-eine-uebernachtungsreise-36-500-e-kostet/>

Quelle: <https://news-for-friends.de/der-juncker-der-eu-setzt-haeufig-privatjets-ein-wobei-eine-uebernachtungsreise-36-500-e-kostet/>

## **DER TOTALE SOZIALISTISCHE ÜBERWACHUNGSSTAAT STEHT VOR SEINER VOLLENDUNG**

5. Januar 2019 Michael Mannheimer 51

**Gegen die Überwachungsmassnahmen, die schon laufen – und jene, die in Planung sind –, ist George Orwells „1984“ der reine Kindergarten.**



Gelesen: 1.424 √ Michael Mannheimer, 05. 01. 2019

Da gab es einmal, lang ist's her, ein Gesetz auf sog. „informelle Selbstbestimmung“. Dieses Recht gibt es zwar immer noch. Es ist sogar ein **Grundrecht** (solche haben „Ewigkeitswert“ und sind nicht abschaffbar). Aber Pustekuchen. Wie wir wissen, pfeift die Merkelbande bekanntlich auf Gesetze. Das Gesetz, so Merkel, ist sie selbst.

Das **informationelle Selbstbestimmungsrecht** ist eine Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und wurde vom *Bundesverfassungsgericht* im sogenannten Volkszählungsurteil 1983 \* als **Grundrecht** anerkannt.

Das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** ist das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen. Es ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein **Datenschutz-Grundrecht**, das im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht ausdrücklich erwähnt wird. Der Vorschlag, ein Datenschutz-Grundrecht in das Grundgesetz einzufügen, fand bisher nicht die erforderliche Mehrheit (er scheiterte stets an Rotgrün). Personenbezogene Daten sind jedoch nach Datenschutz-Grundverordnung und nach Art. 8 der EU-Grundrechtecharta geschützt.

\* BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 15. Dezember 1983, 1 BvR 209/83 u. a. – Volkszählung –, BVerfGE 65, 1

**Alle die heeren Bestimmungen des „Rechts auf informationelle Selbstbestimmung“ können in der Pfeife geraucht werden. Denn Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr.**

Wenn sogar das OLG Koblenz in einem schriftlichen Urteil festhält, dass Deutschland in weiten Bereichen **kein Rechtsstaat** mehr ist – dann haben jene, die immer noch von einem Rechtsstaat faseln, schlechte Karten. O-Ton Urteil OLG Koblenz:

**„Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist (...) jedoch seit rund eineinhalb Jahren ausser Kraft gesetzt, und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.“**

Quelle

: <http://www.landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/7qe/page/bsrlpprod.psm?pid=Dokumentenanzeige&showdoccase=1&doc.id=KORE242742017&doc.part=L>

**Warum werde ich von den Verbrecher-Medien nicht mehr angegriffen?  
(an vorderster Stelle von meinem Intimfeind, dem ZDF-Chefideologen Claus Kleber)**

Weil sie gegen die Validität meiner Texte **nichts** entgegenzusetzen haben. Und weil sie fürchten, durch die gewohnte Denunzierung gegen mich weitere Leser auf meinen blühenden Blog zu bringen. Wo diese dann die Wahrheit erfahren. Und lernen, wo der wahre Feind sitzt. Er sitzt in Berlin im Kanzlerbunker. Und in den Redaktionsräumen der Medien.





Ein Hochverräter, wie er im Buche steht: Claus Kleber, seriös daherkommend, doch korrupt bis ins Mark, ist eine der zentralen Figuren beim Genozid gegen die deutsche Urbevölkerung.

Genau dort, wo eine der zentralen Figuren bei der Durchführung des Völkermordes gegen die Deutschen residiert: Der ZDF-Chefideologe und Bilderberger **Claus Kleber**. Für seinen Hochverrat lässt er sich mit einem satten Gehalt um die 800 000 Euro belohnen. Pro Jahr. Nicht einberechnet die sonstigen „Zuwendungen“, die dieser Verräter erhält. Kleber ist ein reicher Mann geworden für seinen unerhörten Verrat an dem Volk, dem er zumindest biologisch noch angehört.

**Judas war auch ein Verräter.** Doch er hat sich wegen seines Verrats selbst gerichtet – und zeigte sich damit als reuiger Sünder. Ein Claus Kleber aber hat sicherlich schon irgendwo eine fürstlich eingerichtete Finca gekauft, wohin er sich zurückziehen wird, wenn der Aufstand hier losgeht. Man wird ihn finden und seiner gerechten Strafe zuführen.

#### **So wird unsere Zukunft aussehen.**

Ich erspare mir in der Folge den üblichen normalen Text. Eine Aufzählung tut's auch:

- Sogenannte Smart Cities sollen die gesamte Bevölkerung Tag und Nacht überwachen.
- Strassen-Laternen ausgestattet mit Kameras, Abhörwanzen und Sensoren. Das lästige Wahlvieh will man ständig im Auge behalten. Das heisst immer und überall jeden überwachen und abhören, damit es ja niemals mehr zu einem Systemwechsel oder Machtwechsel kommt. (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/San-Diego-verwandt-sich-3633905.html>, <https://www.presseportal.de/pm/43172/3594281>)
- Bericht über Kooperation mit Behörden: Vodafone gibt mehreren Staaten direkten Zugriff auf seine Netze ( <https://netzpolitik.org/2014/bericht-ueber-kooperation-mit-behoerden-vodafone-gibt-mehreren-staaten-direkten-zugriff-auf-seine-netze/>)
- NSA hat Zugang zu beinahe allen Mobilfunknetzwerken weltweit, um Daten abzugreifen und Informationen über jeden und alle zu sammeln! (<http://www.golem.de/news/snowden-dokumente-wie-die-nsa-den-mobilfunk-infiltriert-1412-110973.html>)
- BND hilft NSA bei der Massenüberwachung in Deutschland (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Skandal-BND-leitete-Daten-eines-deutschen-Internetknotens-in-die-USA-2238481.html>; <http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Skandal-Deutschland-zapft-angeblich-fuer-NSA-Glasfaserkabel-an-2235190.html>)
- Verfassungsgericht: B.N.D. kopierte seit 2002 die Telekommunikation am Internetknoten Frankfurt (<https://www.radio-utopie.de/2016/11/20/verfassungsgericht-b-n-d-kopierte-seit-2002-die-telekommunikation-am-internetknoten-frankfurt/>)
- Totalüberwachung, und damit ermöglichte politische Verfolgung, wird nun “gezielt” erlaubt (<https://www.radio-utopie.de/2016/07/02/totalueberwachung-und-damit-ermoeglichte-politische-verfolgung-wird-nun-gezielt-erlaubt/>)

- Die Amerikaner überwachen in Deutschland eh alles, auch weil der Wendehals im Kanzleramt (Merkel IM Erika) das zugelassen hat
- siehe auch den ECHELON-Skandal US Überwachung in Europa und US Geheimdienst NSA (PRISM) mit seiner Massenüberwachung in Europa.

**Wir müssen endlich einmal über Massnahmen nachdenken, wann und wie wir die Amerikaner aus Europa verbannen und VISA-Sperren gegen US Politiker durchsetzen!**

Die Geheimdienste müssen sich noch kaum anstrengen. Denn es gibt doch die IT-Hersteller, die bereits heimlich und jeden überwachen und abhören. Merkel gab schon vor Jahren grünes Licht. Ausserdem gibt es noch die NSA und den BND sowie Staatstrojaner etc.

- Google Home Mini zeichnet ungewollt alles auf.
- Ein frühes Exemplar des neuen Google Home Mini hatte fast durchgehend sämtliche Töne und Stimmen, die in der Wohnung zu hören waren, aufgezeichnet und an Google-Server übertragen. Ohne dass der Benutzer das wollte. (<https://www.pcwelt.de/a/google-home-mini-zeichnet-ungewollt-alles-auf,3448402>)
- Google Nest kommt in deutsche Schlafzimmer. (<https://www.golem.de/news/hausautomatisierung-google-nest-kommt-in-deutsche-wohnzimmer-1701-125609.html>)
- Google will in unsere Wohnungen, um alles zu überwachen und über uns 24 Stunden am Tag Daten zu sammeln mithilfe von neuartigen Rauchmeldern, die später in fast allen Gebäuden installiert sein sollen.
- Als Vorwand sollen die jüngsten Hochhaus-Brände in London und in anderen weltweiten Metropolen dienen.
- Das Fussvolk soll auf diese Art und Weise 24 Stunden am Tag abgehört und überwacht werden. (<http://www.zeit.de/digital/internet/2014-01/google-kauft-nest-analyse>)
- Google will alle Gebäude und alle Wohnungen weltweit scannen und überwachen. (<http://www.zeit.de/digital/internet/2012-10/augmented-reality-der-neue-digitale-graben>)
- „Google plant unsichtbare Computer und ein allgegenwärtiges Netz – „Augmented reality“ wird zum Standard.
- Lauschfunktionen bei Samsung TV Geräten
- Smart-TVs von Samsung hören zu, wenn in ihrer Umgebung gesprochen wird. Nun warnt das Unternehmen seine Kunden: Wer sicher sein will, dass niemand mithört, der soll auf die Spracherkennung verzichten. (<http://www.spiegel.de/netzwelt/gadgets/samsung-warnt-vor-eigenen-smart-tv-geraeten-a-1017447.html>)
- Samsung warnt: Bitte achten Sie darauf, nichts Privates offen vor unseren SmartTVs zu erzählen (<https://netzpolitik.org/2015/samsung-warnt-bitte-achten-sie-darauf-nichts-privates-vor-unseren-smarttvs-zu-erzaehlen/>)
- Spielkonsole Xbox One: Kinect spielt Überwacher im Wohnzimmer
- (<http://www.insidegames.at/xbox-one-kinect-scannt-gesichter>; <https://futurezone.at/produkte/xbox-kinect-totale-kontrolle-ohne-ausweg/24.597.542>)

**„Gesichts- und Gefühlserkennung“**

Mehr Klarheit zum Einsatz der neuen Kinect-Technik muss Microsoft auch beim Umgang mit den Userdaten schaffen: Der Next-Gen-Sensor ist schliesslich recht fortgeschritten: Die Kameras erkennen anhand des Gesichtsausdrucks des Users dessen Stimmung. Die Kinect weiss, welcher Nutzer welchen Controller in der Hand hält. Ist der User aufmerksam oder abgelenkt? Ist er traurig oder fröhlich? Sind Augen und

Mund offen oder geschlossen, unterhält sich der Spieler mit anderen? Microsoft will so die Reaktionen der Zocker erfassen und mit dem Gelernten zukünftige Produkte verbessern. Das klingt beispielsweise bei neuen Serien-Produktionen nach einem vielversprechenden Ansatz – und auch die Werbeindustrie wäre bestimmt nicht abgeneigt, zu zählen, wie viele Augen nun tatsächlich einen Werbespot sehen.“

#### **Datenschützer Peter Schaar warnt:**

**„Die Xbox registriert ständig alle möglichen persönlichen Informationen über mich. Reaktionsgeschwindigkeiten, meine Lernfähigkeit oder emotionale Zustände. Die werden dann auf einem externen Server verarbeitet und möglicherweise sogar an Dritte weitergegeben. Ob sie jemals gelöscht werden, kann der Betroffene nicht beeinflussen.“**

- Erste echte Testphase für die globale Massenüberwachung wird jetzt bei Tieren getestet.
- Projekt-Icarus: Dabei handelt es sich um eine Technik, die das geheime Treiben der Tiere entlarvt. ([https://www.tagesschau.de/ausland/icarus-projekt\\_101.html](https://www.tagesschau.de/ausland/icarus-projekt_101.html))  
<https://www.welt.de/wissenschaft/plus173330310/Projekt-Icarus-Eine-voellig-neue-Technik-um-Tiere-zu-ueberwachen.html>; <https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/neues-tracking-system-icarus-fuer-tiere-koennte-auch-menschen-verfolgen/>)

#### **In ein paar Jahren ist das lästige “kriminelle Fussvolk“ an der Reihe.**

- RFID Chips stehen schon bereit. Die neuesten Smart Home Geräte überwachen und belauschen schon heute unbemerkt alle Mieter in Wohnungen.
- Läuft alles nach Plan für die Globalisten.
- Die Globalisten wollen schliesslich immer und überall wissen, wo sich die NWO-Gegner, Putin-Versteher, Trumpisten, AfDler und Euro-Kritiker verstecken und rumtreiben.
- Die Globalisten haben ihre Strategie geändert. RFID Chips kommen nicht mehr unter die Haut, sondern werden in Schuhen und Kleidungen platziert. Mit integrierten Abhörwanzen natürlich.
- Selbstverständlich werden all die oben genannten Technologien (wie die RFID Chips und Massenüberwachung von Menschen (80 Millionen Terroristen in Deutschland) von den deutschen Neobolschewisten (Altparteien, insbesondere Grüne, SPD) tatkräftig unterstützt. Die Verabschiedung der entsprechenden Gesetze ist nur noch eine Frage der Zeit – und wird dank CDU/CSU/SPD hundertprozentig erfolgen.

#### **Überwachungspille in den USA zugelassen**

Die Vorstösse zur Überwachung von Bürgern werden immer grotesker. Einem Bericht der „New York Times“ zufolge hat die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA (Food and Drug Administration) jetzt ein Medikament zugelassen, das Menschen digital überwachen kann.

(<https://marbec14.wordpress.com/2017/11/16/ueberwachungspille-in-den-usa-zugelassen/>;  
<https://www.pcwelt.de/a/chip-auf-dem-zahn-soll-ernaehrung-analysieren,3450217>)

- Die Eliten wollen uns per Chip auf den Zähnen und per elektronischen Überwachungspillen in unseren Körpern überall überwachen und belauschen.
- Das Volk darf sich nicht der Kontrolle von Globalisten entziehen.
- BND zapft widerrechtlich Provider an Knotenpunkten an (<https://www.pcwelt.de/a/chip-auf-dem-zahn-soll-ernaehrung-analysieren,3450217>; <http://www.heise.de/newsticker/meldung/BND-hat-zweiten-Provider-neben-der-Telekom-hierzulande-angezapft-2481254.html>)
- Bericht über Kooperation mit Behörden: Vodafone gibt mehreren Staaten direkten Zugriff auf seine Netze (<https://netzpolitik.org/2014/bericht-ueber-kooperation-mit-behoerden-vodafone-gibt-mehreren-staaten-direkten-zugriff-auf-seine-netze/>)
- Vodafone-Tochter und GCHQ hörten Unterseekabel ab (<http://www.gulli.com/news/25181-ozapft-is-vodafone-tochter-und-gchq-hoerten-unterseekabel-ab-2014-11-21>)

- NSA hat Zugang zu beinahe allen Mobilfunknetzwerken weltweit, um Daten abzugreifen und Informationen über jeden und alle zu sammeln! (<http://www.golem.de/news/snowden-dokumente-wie-die-nsa-den-mobilfunk-infiltriert-1412-110973.html>)
- BND und CIA haben gemeinsam Provider an Knotenpunkten angezapft. (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bericht-BND-und-CIA-haben-gemeinsam-Provider-in-Deutschland-angezapft-2489463.html>)
- BND hilft seit vielen Jahren der NSA Internetknotenpunkte anzuzapfen. (Damit ist der Beweis auch hier wieder erbracht. Deutschland ist ein Verwaltungsgebiet der USA)
- (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Skandal-BND-leitete-Daten-eines-deutschen-Internetknotens-in-die-USA-2238481.html>; (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Skandal-Deutschland-zapft-angeblich-fuer-NSA-Glasfaserkabel-an-2235190.html>)

### **Abhören in der EU jetzt grenzenlos:**

#### **Die korrupten Eurokraten peitschen den alternativlosen Überwachungsstaat in der EU durch.**

- Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Spitzeinsätzen, Telekommunikationsüberwachung, Trojanern und zur Aufhebung des Bankgeheimnisses sind nun unter allen EU-Mitgliedstaaten möglich.“ (<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41305/1.html>)
- §SPD und CDU/CSU bauen unbemerkt DDR 2.0—> Stasi-Apparat auf. (<http://www.datenspeicherung.de/index.php/ueberwachungsgesetze/>)
- Das FBI darf mitbestimmen, wo, wann, wie in Europa was überwacht und wie lange abgehört wird. (<https://de.wikipedia.org/wiki/Enfopol>)
- NATO baut seine Überwachung in Deutschland aus. Die BRD-Politiker schweigen. (<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-08/nato-autonummern-scanner-datenschutz>)
- USA schaffen militärisch-polizeiliche Behörde in Deutschland.
- „Die Behörde heisst „Joint Interagency Counter Trafficking Center (JICTC)“. In ihr arbeiten Agenten des FBI und der US Homeland Security. Die Bundesregierung räumt dem JICTC grosse Freiheit ein.“ (<http://www.pravda-tv.com/2014/12/usa-schaffen-militaerisch-polizeiliche-behoerde-in-deutschland/>)
- BND hilft den US-Geheimdiensten Bürgerrechte und Grundrechte zu verletzen.
- BND und CIA haben gemeinsam Provider in Deutschland angezapft <https://www.pcwelt.de/a/chip-auf-dem-zahn-soll-ernaehrung-analysieren,3450217>; <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bericht-BND-und-CIA-haben-gemeinsam-Provider-in-Deutschland-angezapft-2489463.html>
- US-Geheimdienste überwachen Bundeswehr  
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/USA-ueberwachen-Bundeswehrsoldaten-in-Deutschland-2404957.html>)
- US-Beamte wenden US-Gesetze auf deutschem Boden in Deutschland an.
- US-Beamte überprüfen Reisende in Deutschland. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind unbesorgt, da Deutschland seit dem 2 Weltkrieg ein Protektorat der USA ist, dürfen diese US-Idioten alles machen, was denen in den Kram passt. (<http://www.sueddeutsche.de/politik/geheimer-krieg-us-beamte-ueberpruefen-reisende-in-deutschland-1.1820764>)
- CDU/CSU und SPD bauen die Massenüberwachung von Hartz 4 Empfängern aus.
- Das alternativlose Merkel-Regime will Deutschland in eine militarisierte DDR 2.0 Diktatur verwandeln. (<http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/belagerung-von-hartz-iv-familien-geplant.php>; <https://www.contra-magazin.com/2016/08/hartz-iv-stasi-totale-ueberpruefung-auch-von-nahen-verwandten/>)
  - Jobcenter spionieren Hartz 4 Empfänger aus. ([http://www.huffingtonpost.de/entry/hartz-iv-jobcenter-sanktionen-spionage\\_de\\_5a5ceb5ae4b03c41896815c9?1cu](http://www.huffingtonpost.de/entry/hartz-iv-jobcenter-sanktionen-spionage_de_5a5ceb5ae4b03c41896815c9?1cu), <http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/hartz-iv-exzessive-verfolgungsbetreuung-geplant.php>)

#### **Der Traum eines Überwachungsstaates nach Stasi/Gestapo Vorbild wird für die CDU/SPD endlich wahr.**

- Sonderprämien für Sanktionen gegen Arbeitslose beim JobCenter. (<https://antilobby.wordpress.com/2014/02/26/jobcenter-chefs-pramien-fur-hartz-iv-sanktionen/>)
- Die Bundesregierung plant eine exzessive Massenüberwachung, Verfolgung und Belagerung von Arbeitslosen. (<http://www.labournet.de/politik/erwerbslos/arbeitsamt/schikanen/belagerung-von-hartz-iv-familien-geplant/>)

- Merkels Einheitspartei im Bundestag setzt im September 2016 die Entrechtung von Arbeitslosen und Diskriminierungsgesetz gegen die Hartz 4 Empfänger durch. (<https://antilobby.wordpress.com/2016/09/02/cduspd-unrechtsstaat-brd-beschliesst-diskriminierungsgesetz/>)

### Noch Fragen?

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2019/01/05/der-totale-sozialistische-ueberwachungsstaat-steht-vor-seiner-vollendung/>

## "Die Party ist vorbei" – Salvini attackiert Bürgermeister, die strenge Einwanderungsregeln ablehnen

5.01.2019 • 15:30 Uhr <https://de.rt.com/1rbi>



Quelle Reuters

Der Chef der rechten Lega, Matteo Salvini, ist seit 2. Juni 2018 Italiens Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Vor allem wegen seiner harten Vorgehensweise gegen Migranten macht der 45-Jährige von sich reden.

Auch 2019 setzt der italienische Innenminister Salvini seinen rigorosen Anti-Migrationskurs fort. Jetzt griff er Bürgermeister italienischer Städte an, die seine scharfen Einwanderungsregeln ablehnen. Sie würden Italiener verraten und sollten zurücktreten.

Mehrere Bürgermeister in Italien – darunter von Palermo, Florenz und Neapel – rebellieren gegen den Anti-Migrationskurs des italienischen Innenministers Matteo Salvini. Vor allem wehren sie sich gegen ein vor kurzem verabschiedetes Migrationspaket der Regierung, das Einwanderung erschweren soll. Kritiker des Dekrets bemängeln unter anderem, dass dadurch Migranten leichter ausgewiesen oder die sozialen Leistungen eingeschränkt werden sollen. Zudem würden durch das Gesetz die Menschen in die Illegalität gedrängt.

### Palermos Bürgermeister geht auf Konfrontation mit Rom

So sagte Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando, er werde in der Hauptstadt Siziliens einige Vorgaben für die Kommunen außer Kraft setzen. Es sei keine Frage der Migranten oder der offenen Häfen für alle, es sei eine Frage der Menschen- und Bürgerrechte für alle, schrieb Orlando auf Facebook. Weiter schrieb er:

Heute beginnt es mit den Migranten und morgen folgen die anderen. (...) Alle Regime in der Geschichte haben immer mit unmenschlichen Rassengesetzen angefangen, die als Sicherheitsgesetze getarnt waren.

Der Chef der rechten Lega griff nun die rebellischen Bürgermeister in den sozialen Netzwerken an:

"Wer das Sicherheitsdekret nicht respektiert, hilft den Illegalen und verrät Italien und die Italiener", schrieb Salvini.

Diejenigen müssten sich vor dem Gesetz und der Geschichte dafür verantworten. Wer die Gesetze nicht befolge, solle zurücktreten, so Salvini. Und dies ist nicht bloß als leere Drohung zu verstehen, denn der ehemalige Bürgermeister der kalabrischen Stadt Riace steht derzeit unter Hausarrest, weil er die illegale Migration unterstützt und gefördert haben soll.

"Einige Bürgermeister blicken gerne auf die guten alten Zeiten der Einwanderung zurück, aber für sie ist die Party vorbei", so Salvini.

Orlando wiederum sagte in einem Interview mit der Zeitung *La Repubblica*, sein Widerstand gegen das Dekret sei "kein Akt des zivilen Ungehorsams", sondern bloße Anwendung der italienischen Verfassung, die all denen, die in seinem Land leben, bestimmte Rechte garantiert. Er will gerichtlich gegen das Dekret vorgehen.

### Neapels Bürgermeister setzt sich für Migranten auf Schiff ein

Neapels Bürgermeister Luigi de Magistris legte noch eine Schippe drauf. Am Donnerstag kündigte er an, den Hafen der Stadt für ein Schiff der Nichtregierungsorganisation "Sea Watch" zu öffnen. Das Boot, das an der Rettung von Migranten beteiligt ist, steckt seit mehr als zwei Wochen im stürmischen Mittelmeer fest. An Bord sind 32 Asylbewerber.

"Ich hoffe, dass dieses Boot nach Neapel kommt. Denn trotz allem, was die Regierung sagt, werden wir es in den Hafen lassen", sagte de Magistris und fügte hinzu, dass er "der Erste sein wird, der die Rettungsaktion leitet."

Salvini wiederum antwortete darauf mit dem Hinweis, dass alle Häfen in Italien für Schiffe zur Rettung von Migranten geschlossen seien.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/europa/82062-party-ist-vorbei-salvini-attackiert-burgermeister/>

## Schreckliche Silvesterszenen aus Berlin – „Dieses Land ist schützenswert, aber nicht mehr schützbar“

Von Imad Karim / Gastautor 5. Januar 2019 Aktualisiert: 5. Januar 2019 15:46

„Schieße auf sie (auf die Polizisten), schießt!“ – „Versammelt euch (steht in Reihen) und schießt auf sie“ – Imad Karim hat zu einem Video von Silvester in Berlin-Neukölln die Passagen, in denen Arabisch gesprochen wird, übersetzt.



Foto: Screenshot/<https://www.youtube.com/watch?v=tpS2jzaVrsw>

Diese Aufnahme stammt aus einem Video, das in Berlin in der Silvesternacht 2018/2019 im Stadtteil Neukölln entstanden sein soll.

In dem hier gezeigten Video sehen Sie Szenen, die sich laut Quelle dieses Silvester in Berlin abgespielt haben. Imad Karim hat die Passagen, in denen Arabisch gesprochen wird, für uns übersetzt. Und er teilt mit uns seine tiefe Besorgnis um unser Land, um unsere Kultur, unsere Freiheit und Sicherheit, für deren langfristigen Bestand er immer weniger Hoffnung in seinem Herzen trägt.

### Dieses Land ist schützenswert, aber nicht mehr schützbar

Liebe Freunde und auch liebe Kritiker meiner politischen Position und auch an diejenige, die mich bei Facebook melden, sonstwo stalken, bedrohen, wegen Volksverhetzung anzeigen und mich verklagen, auch wenn ich in diesem Leben nie fehlerfrei Deutsch sprechen und schreiben werde, war **Deutschland**, dieses großartige Land für mich immer eine **Insel der Sicherheit, der Freiheit, der Demokratie und der Vielfalt** gewesen. Hier konnte ich bisher 41 Jahre leben und wirken. Niemand hinderte mich daran, meine vorhandene Kreativität zu entfalten und alle Türen standen mir immer offen. Ein wunderbares Gefühl!

Und ich liebte es, hier und an jeder Ecke, auf viele Kulturen zu treffen, viele Sprachen zu hören und viele Köstlichkeiten aus allen Herren Ländern zu kosten und zu schmecken. Bei allem aber war es mir immer wichtig, dieses Land und seine Kultur, dem ich mich immer mit dem Verstand, dem Herzen und dem Gewissen verpflichtet fühlte, stets zu schützen. Jetzt mit 60 Jahren muss ich schmerzhaft feststellen, ich habe versagt. **Dieses Land ist schützenswert, aber nicht mehr adäquat schützbar.**

Ich bin mir leider sicher, dass es dieses Land, so wie ich es bisher 41 Jahre kennenlernen und schätzen durfte, für meine Nachfahren nicht mehr geben wird. Ich hoffe nur, dass sich nach mir die Aufrichtigen zusammentun, unabhängig von Abstammung und Hautfarbe, um gemeinsam die importierte Gewalt und

Menschenverachtung mit möglichst wenig Blutvergießen dorthin zurückzuschicken, wo sie hergekommen sind respektive zum Teufel zu jagen.

### Arabisch verstehen ist ein Segen und ein Fluch zugleich!

Nein, das ist nicht harmlos, was wir hier in diesem Video sehen und hören. Für mich, der ich Arabisch verstehe, noch weniger. Arabisch verstehen ist ein Segen und ein Fluch zugleich! **Segen**, weil man als Arabisch Sprechender die Gefahren sofort erkennt und davor warnen kann, und **Fluch**, weil so wenige die Warnung ernst und wahrnehmen.

In dem folgenden **Video**, das laut Quelle an Silvester 2018/19 in Berlin aufgenommen wurde, höre ich arabische junge Männer mit syrischem, palästinensischem und libanesischem Dialekt sprechen. Hier ist ein Auszug, was sie sich gegenseitig zurufen:

„Schieße auf sie (auf die Polizisten), schießt!“ – „Los Jungs (Kameraden), schießt auf ihn da (auf den einen Polizisten)“ – „Schießt auf sie (auf die Polizisten), schießt!“ – Dann auf Deutsch: „Hurensöhne“ – „Schießt auf sie, diese Hurensöhne“ – Dann wieder auf Deutsch: „Hurensöhne“ – „Ok Samieh (Männername), lass ihn, hat genug gekriegt, es reicht, lass ihn los.“ – „Versammelt euch (steht in Reihen) und schießt auf sie.“

(Anmerkung: Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=tpS2jzaVrsw>)

Auch zeigen ihre Redewendungen, dass sie bereits Kampferfahrung haben und man erkennt, dass sie nicht hier geboren sind. Das sind jene, für die an Bahnhöfen geklatscht wurde. Das sind jene, die hierher gekommen sind und bettelnd „Zuflucht“ und „Schutz“ forderten. Das sind jene, die Grenzpolizisten angegriffen haben, wenn diese sie aufzuhalten versuchten. Das sind jene, die die Richter – womöglich auch aus Angst – immer milde verurteilen.

Ja, Arabisch verstehen ist ein Segen und ein Fluch zugleich!

**Zum Autor:** *Imad Karim*, 1958 in Beirut geboren, nahm dort 1975 im Schatten des ausbrechenden libanesischen Bürgerkrieges sein Studium an der Akademie der Schönen Künste auf, das er 1977 in Deutschland fortsetzte. 1987 Magisterabschluss in Sozialwissenschaft (Politologie). Nach Beendigung des libanesischen Bürgerkrieges 1991 Rückkehr in seine Heimat, wo er den Film „Die verlogenen Mythen meines Krieges“ drehte. Seit 1992 freier Fernsehjournalist, Filmautor und Regisseur. Seit 2001 arbeitet er als freier Fernsehautor für deutsche und internationale Medien. Hier geht es zu seiner [beeindruckenden Homepage](#).

Der Artikel erschien zuerst bei [juergenfritz.com](#). Die Meinung unserer Gastautoren entspricht nicht unbedingt der Meinung der Redaktion von EPOCH TIMES oder der ihrer anderen Gastautoren. Sie dient der Meinungsvielfalt zur Meinungsbildung.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/schreckliche-silvesterszenen-aus-berlin-dieses-land-ist-schuetzenswert-aber-nicht-mehr-schuetzbar-a2757915.html>

## Implantierbare Gehirngeräte – Gefährliche neue Technologie wird von Mark Zuckerberg gefördert 5/5 (1)

Von. News-for-Friends 5. Januar 2019

**Implantierbare Gehirngeräte – Gefährliche neue Technologie wird von Mark Zuckerberg zusammen mit dem US-Verteidigungssystem gefördert.**

**Mark Zuckerberg finanziert ein Fünf-Milliarden-Dollar-Programm mit dem Ziel, „alle Krankheiten einer einzigen Generation zu beseitigen“. So der businessinsider.com**



Dieses Programm beinhaltet das Experimentieren mit Brain-Machine-Interfaces. Der jüngste Durchbruch dieser neuen Technologie ist ein drahtloses Implantat, das die Bewegung eines Affen in Echtzeit simulieren, unterbrechen und aufzeichnen kann.

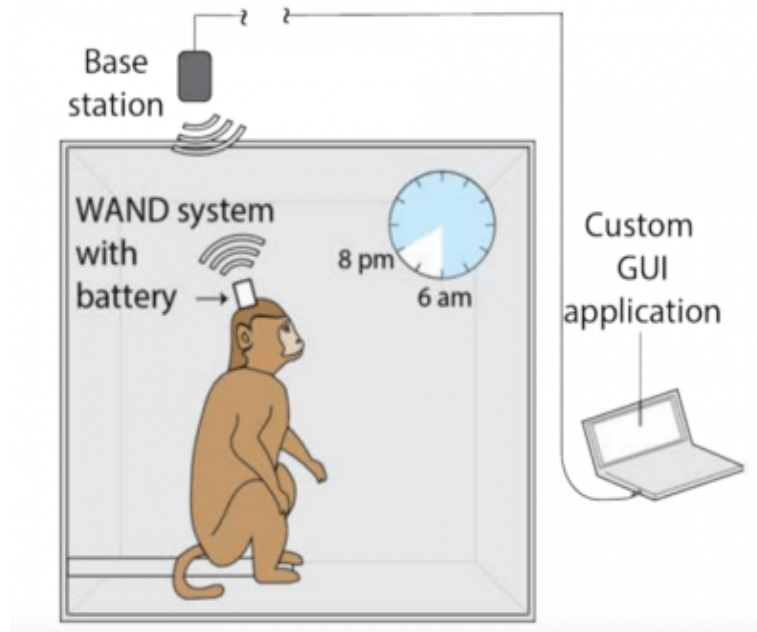


Bild: Biomedizinische Technik / Chan-Zuckerberg Biohub

Einige der daran beteiligten Team-Mitglieder von Chan Zuckerberg Biohub werden sich nun der Chan Zuckerberg Initiative anschließen, die unabhängig von anderen Zuckerberg-Unternehmungen arbeitet, um diese neue Technologie weiter zu entwickeln.

Ein weiterer "Vorteil" dieser Technologie ist die Verbesserung der Interaktion von Menschen mit Computern.

Rikky Muller ist einer der führenden Wissenschaftler bei CZ Biohub und arbeitet für ein Startup-Unternehmen namens Cortera, wo sie ein Gerät namens "Stab" entwickelt haben, das die Bewegungen von Affen steuern kann.

*Kling ja alles harmlos –oder? Wenn da nicht das US-Verteidigungssystem involviert wäre.*

Cortera soll von der DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) finanziert worden sein.

**Wer ist DARPA:** Die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) ist eine Behörde des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten, die Forschungs-Projekte für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten durchführt, u. a. auch Weltraumprojekte. Das jährliche Budget beträgt etwa drei Milliarden US-Dollar. Wikipedia

**Hat das Verteidigungsministerium militärische Anwendungen für diese Technologien? Gedankenkontrolle, Manipulation oder Schlimmeres.**

**Man hofft, dass diese neue und unglaubliche Technologie für etwas Gutes entwickelt wird, aber so wie immer wird es sicher wieder in eine Waffe verwandelt. Stelle man sich vor, es werde einem Präsidenten implantiert ... oder vielleicht wurde es ja schon?**

Quelle : <http://uncut-news.ch/2019/01/03/gefaehrliche-neue-technologie-wird-von-mark-zuckerberg-gefoerderte-implantierbare-gehirngeraete/>

Quelle: <https://news-for-friends.de/implantierbare-gehirngeraete-gefaehrliche-neue-technologie-wird-von-mark-zuckerberg-gefoerdert/>

## Trump wird bald gestürzt werden

Freitag, 4. Januar 2019 , von Freeman um 17:00

Es würde mich sehr wundern, wenn Trump bis Ende des Jahres politisch überlebt, das heisst im Amt bleibt. Wie ich hier berichtet habe, wenn die Demoratten die Mehrheit im Kongress bei den Zwischenwahlen erreichen, werden sie seine Amtsenthebung einleiten, und sie haben die Mehrheit seit Jahresanfang. Nur Stunden nachdem die Vertreterin für Michigan, Rashida Tlaib, vereidigt wurde, eine von zwei moslemischen Kongressabgeordneten, erzählte sie einer Gruppe Linksfaschisten, sie wird Trump jagen, sie würde dabei den Demoratten helfen, "den Mutterficker des Amtes zu entheben."





Am 3. Januar, gleich am ersten "Arbeitstag" des Kongress, haben der Repräsentant für Kalifornien, Brad Sherman, und Al Green aus Texas, die entsprechenden Artikel für die Amtsenthebung von Trump eingereicht. Sherman erzählte der Los Angeles Times, *"jeder Tag, in dem Trump nicht mehr im Weissen Haus ist, wird gut für unser Land sein."*

Wie schwach die Position von Trump ist, sieht man an seiner Rücknahme des Zeitplans für den von ihm erst vor wenigen Tagen verkündeten Truppenabzug aus Syrien. Jetzt soll er nicht so schnell stattfinden, wenn überhaupt.

Aber nicht nur die Demoratten wollen ihn stürzen, es gibt auch eine Revolte im eigenen Lager der Republikaner, angeführt von Lindsey Graham und Mitt Romney. Die amerikanischen Medien sind sowieso von Anfang an schon zu 99 Prozent gegen ihn.

Wer immer noch denkt, Donald Trump hat einen grossen Plan, werde den "Sumpf" trockenlegen und den Tiefenstaat entmachten, der sollte sich ernsthaft fragen, ob er nicht an Wunschdenken und Realitätsleugnung leidet.

Wir dürfen nicht vergessen, was mit Richard Nixon passiert ist, der aus dem Amt gejagt wurde, weil er das Unmögliche veranlasste, das Ende des Vietnam-Krieges. Watergate war doch nur eine Ausrede. Niemals darf ein Präsident in den Augen des Militärisch-Industriellen-Komplexes einen Krieg beenden.

Schonmal sicher keinen, den Israel will, denn darum geht es in Syrien. Alle Kriege gegen die arabischen Länder, ob Irak, Libyen, Syrien oder Jemen, werden nur wegen und für Israel geführt. Wer das nicht kapiert, ist ein von den Lügenmedien abgefüllter Zombie.

Was ist denn Trump für eine Schwachmatte, wenn er den Abzug aus Syrien ankündigt, um ihn dann 10 Tage später zurückzunehmen, weil die wirklichen Strippenzieher einen bedrohen?

Trump's grösster Fehler war zu sagen, Israel kann sich sehr gut selber verteidigen, denn schliesslich zahlen die USA 4,5 Milliarden Dollar pro Jahr für Israels Sicherheit. *"Und wir geben tatsächlich viel mehr als das, wenn man sich die Bücher anschaut"*, fügte er hinzu.

Das grosse geostrategische Programm, der von den Zionisten dominierten anglo-amerikanischen Welt seit über 100 Jahren, lautet, Russland zerstören, seit 1979 den Iran auch, und dafür sorgen, dass Deutschland sich niemals mit diesen beiden verbündet.

Deshalb unterliegt ihr in Europa einer permanenten und penetranten Propaganda und Gehirnwäsche durch die transatlantisch dominierten Medien. Das ist die Politik der BRD, seitdem der grösste Landesverräter Deutschlands Kanzler wurde, nämlich Konrad Adenauer!!!

Deswegen wird der Tiefenstaat es niemals erlauben, dass Trump mit Putin freundschaftliche Beziehungen hat. Jeder Versuch wird sofort sabotiert.

Deshalb hat der britische Geheimdienst Hillary Clinton geholfen, das Steele Dossier zu fabrizieren, um behaupten zu können, Moskau hätte die Präsidentschaftswahl zu Gunsten von Trump beeinflusst.

Deshalb wurden auch die Skripals vergiftet, um Russland die Schuld geben zu können, und MH17 wurde auch deswegen über der Ukraine abgeschossen. Russland muss immer der Böse sein.

Frieden ist das allerletzte, was die Kriegshetzer in Washington, London und Tel Aviv wollen. Es muss ein permanenter Kriegszustand herrschen, und es müssen ganz böse Feinde erfunden werden und es muss sie immer geben, die einen bedrohen.

Die USA, GB und Israel funktionieren nur unter diesem permanenten Kriegszustand, denn Rüstung und Militär sind die wichtigsten Wirtschaftsbereiche. Ausserdem kann man so die Bevölkerung in einer ständigen Angst halten.

Wenn Trump überleben will, muss er sofort mit allem, was er an Dreck über seine Feinde weiss, rausrücken. Er muss zum Beispiel die wirklichen Planer und Ausführende der 9/11-Attacks nennen.

Trump weiss, was wirklich passiert ist, denn gleich nach den Anschlägen, als die Eindrücke noch frisch waren, sagte er gegenüber den Medien, die Türme sind durch Bomben zerstört worden. (Siehe hier ...)

Er muss vor dem Bildschirm und in seiner Ansprache an die Amerikaner und die Welt sagen:

*"Meine amerikanischen Landsleute, es ist endlich meine Pflicht, Euch zu erzählen, wer die Angriffe auf die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. September 2001 durchgeführt hat. Es waren nicht 19 arabische Terroristen und nicht Osama Bin Laden, sondern es war ein Komplott der eigenen Geheimdienste in enger Zusammenarbeit mit Israel und Saudi-Arabien."*

Wenn er weiterhin sein Wissen für sich behält, dann wird er bald gestürzt werden. Danach mit der Wahrheit rauszurücken, bringt ihm nichts und ist sowieso zu spät.

Es kann sogar sein, dass die Hacker-Gruppe "The Dark Overlord" ihm zuvorkommt, denn sie haben angekündigt, einen "megaleak" von über 10 GB an Dokumenten über 9/11 zu veröffentlichen, was den Tiefenstaat laut eigenen Worten "niederbrennen" wird.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/01/trump-wird-bald-gesturzt-werden.html#ixzz5cl40aK88>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** FIGU Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internetz veröffentlicht

**Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite**

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>

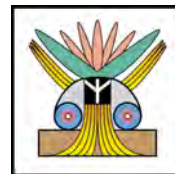


© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders  
angegeben, lizenziert unter :

[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)



Geisteslehre Friedenssymbol

### Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz